

**GRÜN** - **macht zukunft**  
das thesenpapier



**DIE GRÜNEN**



**Grüner Klub  
im Parlament**

die grüne  
bildungs-  
werkstatt



# ZUKUNFTS-THESEN

DIE WELT IN DER KRISE: 30 DENKANSTÖSSE FÜR DEN NOTWENDIGEN WANDEL

Diskussionspapier zum Grünen Zukunftskongress am 22. November 2009

Oktober 2009

Inhalt

Vorwort.....	4
Präambel.....	5
Die Finanzkrise ist nur die Spitze des Eisberges einer tiefgehenden Systemkrise.....	7
Österreichs politisch-wirtschaftliche Machtstrukturen sind nicht zukunftsfähig. ....	8
„Slow Politics“: Eine neue politische Kultur denkt über tages- und parteipolitische Sachzwänge und Legislaturperioden hinaus.....	9
Österreich wird keine „Insel der Seligen“, nur ein starkes „Europa der BürgerInnen“ kann die Globalisierung ökologisch und sozial lenken.....	10
Nur die Banken zu retten, ist zu wenig. Jetzt müssen Milliarden in die Zukunft investiert werden: in grüne Arbeitsplätze und Bildung.....	11
Die fossile Industriegesellschaft ist am Ende. Die dezentrale Energieversorgung wird zur Säule der erneuerbaren Energierevolution.....	12
Intelligente Stromnetze stellen die Stromversorgung auf neue Beine und schicken das fossile Auto in die Wüste.....	13
Miteinander statt gegeneinander: Das „Shared-Space-Modell“ revolutioniert Mobilität und Raumplanung.....	14
Mobilität anbieten statt nur Fahrzeuge: Nicht das Auto der Zukunft ist entscheidend, sondern die Zukunft der Mobilität.....	15
Das tägliche Schnitzel ist nicht nur ungesund, sondern auch klimafeindlich. Die Landwirtschaft rückt stärker ins Zentrum der Klimapolitik.....	16
Verantwortungsbewusstes Wirtschaften statt Ego-Kapitalismus – nachhaltige Investments müssen die reine Spekulationsgier ablösen.....	17
Das BIP wird abgeschafft: das Verhältnis von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität muss neu definiert werden.....	18
Die Zügel der Finanzmärkte müssen wieder in staatliche Hand, und Banken wieder das tun, wozu sie eigentlich da sind.....	19
Weil das Steuersystem ungerecht ist, zahlen die Falschen die Zeche für die Krise des Finanzsystems.....	20
Grüne Arbeitsplätze und Klimaschutz finanzieren sich nicht von selbst: Europa braucht eine CO <sub>2</sub> -Steuer, Österreich weniger Steuern auf Arbeit.....	21
Nicht Geld sondern Wissen arbeiten lassen: Einpersonen- und Kleinunternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft.....	22
Ohne Privilegienabbau und Umbau des Pensionssystems ist der Pensionsschock bei den jüngeren Generationen vorprogrammiert.....	23

Inhalt

Gesundheits- und Pflegeberufe sind Arbeitsmärkte der Zukunft. Gesundheits- und Sozialsprengel schaffen neue Strukturen. 24	24
Wider dem kollektiven Burnout: Die Arbeitswelt der Zukunft schafft mehr Freiraum, Demokratie, Sinn und Gerechtigkeit.25	25
Ohne eine fundamentale Reform des österreichischen Bildungssystems verarmt Österreich. ....26	26
Statt „einstürzende Neubauten“ muss die neue Schule zum ganzjährigen, kreativen Lernzentrum werden. ....27	27
Das Schulsystem in seiner heutigen Form hat ausgedient – gemeinsam individuell lernen wird in der neuen, autonomen Schule zum Leitprinzip. ....28	28
Das duale Ausbildungssystem zählt in Österreich zu den „heiligen Kühen“, doch die Lehre kracht an allen Ecken und Enden...29	29
Die Kindergärten der Zukunft sind Kinder- und Familienzentren mit topausgebildeten, angemessen bezahlten PädagogInnen.30	30
Nur mit Rechtsanspruch wird barrierefreie Bildung zur Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft. ....31	31
„Ausg´lernt“ ist man nie: Lebenslanges Lernen wird zum Standard statt zur Ausnahme. ....32	32
Österreich braucht Zuwanderung. Zuwanderung braucht transparente Regeln.....33	33
Integration passiert nicht von selbst, sondern ist harte Arbeit. Echte Integrationspolitik entzieht dem Rechtspopulismus den Nährboden.....34	34
Bildung und Sprachkompetenz sind die Schlüssel zur Integration. Mehrsprachigkeit ist eine Investition in unsere Zukunft...35	35
Das Asylwesen braucht einheitliche europäische Regeln. Für Umweltflüchtlinge braucht es international politische Verantwortung...36	36

## Vorwort

Die Zukunft braucht neue Antworten. Vielleicht auch alte Antworten, aber neu bedacht. Die GRÜNEN stellen sich im Zuge eines Zukunftskongresses am 22. November 2009 und darüber hinaus den Fragen der weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft und den kommenden bzw. aktuellen Herausforderungen der Politik.

Der Zukunftskongress ist eine Einladung. Ein Angebot an all jene, die sich - in Sorge um aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen - an neuen Ideen zur Zukunftsgestaltung beteiligen wollen. Eine Einladung an all jene, die mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft blicken und schon heute darüber nachdenken, was morgen oder übermorgen Wirklichkeit werden kann.

Die vorliegenden Thesen verstehen sich als Diskussionsbeitrag. Es handelt sich dabei nicht um unsere „persönlichen Thesen“, sondern sie wurden auf Grundlage vielfältigster grün-interner Vorschläge eingebracht und redaktionell bearbeitet. Die Zukunftsthese sind kein Parteiprogramm und bewusst offen gehalten. Sie sollen den Diskurs anregen, Widerspruch oder auch Zuspruch stimulieren und die Auseinandersetzung mit ihnen und darüber hinaus gehenden Ideen zur Gestaltung der Zukunft einleiten. Ausgangspunkt der Thesen sind die vielfältigen Krisen, mit der unsere Gesellschaft derzeit konfrontiert ist und zugleich die Auswege, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Monaten und Jahren finden müssen. Finanzkrise, Wirtschaftskrise, soziale Krise, Klimakrise, Energiekrise und die Krise der Demokratie verlangen nach Antworten. Die Thesen konzentrieren sich bewusst auf einige wenige ausgewählte Themen. Themen, die aus unserer Sicht dringlich diskutiert werden müssen.

Welche Wege führen aus der Wirtschaftskrise? Welche neuen Regeln bzw. Prioritäten braucht das Wirtschaftssystem? Wie kann die Demokratie belebt und mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden? Wie soll die notwendige Bildungsrevolution aussehen und wie kann ihr zum Durchbruch verholfen werden? Welche Antworten braucht es in den Bereichen Zuwanderung und Integration?

Zu diesen gesellschaftspolitischen Schlüsselfragen sollen die Thesen Denkanstöße liefern. Keine fertigen Antworten, die hat heute niemand. Die Thesen sollen erste Pinselstriche, Skizzen sein für ein Bild, das die Welt nach der Krise neu zeichnet. Die Thesen sind ein Anfang und lassen bewusst Lücken und Zwischenräume. Räume, um die Thesen weiter und zu Ende zu denken, gemeinsam mit vielen BürgerInnen, ExpertInnen und VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft.

Die Thesen werden zuerst im Internet und anschließend auf dem Zukunftskongress am 22. November 2009 in Wien diskutiert. Der Kongress soll nicht das Ende sondern der Anfang eines breit angelegten, offenen Prozesses sein. Ein Prozess, der sich das Ziel setzt, zentrale Fragen neu zu denken und dabei AkteurInnen aus NGOs, unterschiedlichsten Institutionen und vor allem BürgerInnen einzubinden. Ein Prozess, der den Auftakt bilden soll, die Welt neu zu denken und grün zu gestalten.

■ *Eva Glawischnig und Maria Vassilakou* ■

## Präambel

Die Welt steht vor entscheidenden Weichenstellungen. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise mit ihren tiefen und vielfältigen ökonomischen und sozialen Auswirkungen ist noch lange nicht ausgestanden. Sie geht weit über rein wirtschaftliche Problemstellungen hinaus. Zudem stehen mit der Energiekrise und dem einsetzenden Klimawandel enorme Herausforderungen an, die ebenso nicht von systemischen und kulturellen Fragen unseres Wirtschaftens zu trennen sind. All dies wird begleitet von besorgniserregenden demokratiepolitischen Entwicklungen, wie dem wiederholten Aufkommen des Rechtspopulismus, dem Vertrauensverlust in politische Institutionen, dem zunehmenden Auseinanderklaffen zwischen dem vor allem über die Medien vermittelten Bild der Politik und der realen Lebenswelt der BürgerInnen.

Wesentlicher Ausgangspunkt der folgenden Thesen ist die Beobachtung, dass die Regierungspolitik trotz der enormen Herausforderungen mut- und visionslos agiert. Die politische Führung traut sich nicht, die wirklich großen, notwendigen Reformen für das Land anzugehen. Zugleich überlässt man viele Menschen dem scheinbaren Angebot des Rechtspopulismus der FPÖ, der weder vor Fremdenhass noch vor antisemitischen Tönen zurückschreckt. Es ist die Ideologie des radikalen Egoismus, der dieser Politik zugrunde liegt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auseinander brechen will.

Die GRÜNEN setzen dem etwas entgegen. Leit motive für die Zukunft sind jene der Verantwortung und der Selbstbestimmung. Es geht darum, individuelle Freiheit zu ermöglichen und Gesellschaft so zu organisieren, dass wir sie alle gemeinsam gestalten und zugleich gesellschaftliche Verantwortung auch für zukünftige Generationen wahr zunehmen (Stichwort Klimaschutz, Energieversorgung). Es geht darum, eine Gesellschaft so zu gestalten, dass die Menschen selbst Gestalter sind: Einerseits ihres eigenen Lebens und Lebensraums, andererseits auch des öffentlichen Lebens. Dafür muss der Staat Möglichkeiten und Chancen bieten, und den BürgerInnen neue Zugänge auch zu Europa und globalen Zusammenhängen eröffnen.

Ein zentraler Ansatz im Rahmen der Thesen ist die Notwendigkeit, in die Zukunft zu investieren. Und zwar genau jetzt. In den vergangenen Monaten wurde viel Geld des Staates zur Abfederung der Finanzkrise (Stichwort: Rettung der Banken) und für Konjunkturpakete (Stichwort: Rettung der Industrie) in die Hand genommen. Aber damit ist es noch nicht getan. Die große Mehrheit der BürgerInnen hat das Gefühl, dass in kurzer Zeit sehr wenigen sehr viel geholfen wurde, während sehr viele, die stark unter der Krise leiden bisher kaum unterstützt wurden. Es ist daher sowohl eine Frage der Gerechtigkeit als auch der volkswirtschaftlichen Vernunft jetzt die richtigen Zukunftsinvestitionen in die Wege zu leiten. Investieren in nachhaltige Jobs, Zukunftsbranchen, Klimaschutz, erneuerbare Energie, Energieeffizienz und die hunderttausenden österreichischen Kleinbetriebe sind die notwendigen Ansätze auf der einen Seite. Es geht aber auch um Investitionen in unsere Gesellschaft: in Bildung, Pflege, Gerechtigkeit, Demokratie und sozialen Frieden, der damit auch Sicherheit schafft.

Die Mehrfachkrisen eröffnen auch Chancen. Die Einsicht setzt sich durch, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher. Es braucht einen grundlegenden Strukturwandel. Die Krise von Wirtschaft und Umwelt werden wir nur bewältigen, wenn der gegenwärtige Kapitalismus von einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsordnung abgelöst wird.

Der Bildungsbereich nimmt eine zentrale Rolle in den Thesen sein, denn kommt es nicht zu einer grundlegenden Reform im Bildungssystem, werden nahezu alle gesellschaftlichen Bemühungen um sozialen Frieden und Zukunftsfähigkeit scheitern. Eng mit der Bildungspolitik sind auch Integrationsbemühungen verknüpft, die ebenfalls Teil der Thesen sind, denn nur durch aktive Integrationsarbeit können Probleme tatsächlich gelöst bzw. vermieden werden.

## Präambel

Grundlage für verantwortungsvolle Politik ist der Leitsatz, dass die Wahrheit den Menschen zumutbar ist. Klar ist: Wenn nicht gegengesteuert wird, wird die aktuelle Krise bei weitem nicht die einzige der kommenden Jahre sein. Daher braucht es mutige Ansätze, die nicht Teil der aktuellen Mainstream-Politik sind. Ob die vorgelegten Thesen diesem Anspruch schon gerecht werden, ist nicht die Kernfrage. Ziel ist es, dass die Diskussion über den Weg in die Zukunft neue Perspektiven und Ideen ermöglicht, mit denen die GRÜNEN ein Angebot zur Zukunftsgestaltung machen.

Grüne Ideen liegen durchaus im Trend. Die Empfehlung der Redaktion der Financial Times Deutschland, ihren LeserInnen bei der Wahl des Europaparlaments eine Stimme für Grün ans Herz zu legen, kam für viele überraschend. Es herrscht nahezu Einigkeit bei MeinungsträgerInnen, dass der Kapitalismus nur eine Zukunft hat, wenn er eine ökologische Grundorientierung bekommt. Nicht die GRÜNEN biedern sich den Konzernen an, sondern immer mehr Unternehmen sehen in grünen Technologien den Weg aus der Krise. Oder wie Ralf Fücks von der Heinrich Böll-Stiftung schreibt: „Der Zeitgeist wird grün. Ob sie es mögen oder nicht: Die Grünen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ihre Ideen, Ziele, Leitwerte nachhaltiges Wirtschaften, Selbstbestimmung, Chancengerechtigkeit werden mehrheitsfähig, auch wenn sie selbst eine Minderheitspartei bleiben. Sie können zur Sozialdemokratie aufschließen und die Konservativen herausfordern. Worauf es jetzt ankommt, ist die Fähigkeit, gesellschaftliche und am Ende auch politische Allianzen über die traditionellen Lager hinweg zu bilden. Kommt ins Offene, Freunde!“

Es gibt keine Alternative dazu, Verantwortung zu übernehmen, denn der Wandel ist nicht nur möglich. Der Wandel ist notwendig.

**These 1: Die Finanzkrise ist nur die Spitze des Eisberges einer tiefgehenden Systemkrise.**

■ **Begründung**

Die Blase der außer Kontrolle geratenen Finanzmärkte ist geplatzt, hat die größte Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst und die Welt in eine tiefe Rezession geführt. Nur mit massiven staatlichen Mitteln konnte ein Totalabsturz der Weltwirtschaft verhindert werden, dennoch steigen die Arbeitslosenzahlen und zugleich das Budgetdefizit stark an. Zugleich steht die Welt vor weiteren großen Herausforderungen, insbesondere der Klima- und Energiekrise. Der Klimawandel ist nur durch eine radikale Trendwende in der Energie- und Ressourcenpolitik bekämpfbar.

Eng verknüpft mit dem Klimawandel ist die Energiekrise. Die massive Nachfrage wachsender Volkswirtschaften wie China oder Indien nach Öl und Gas wird durch das Angebot zukünftig kaum abgedeckt werden können. Die Folge ist eine starke Verteuerung wie sie bereits in den Jahren 2007 und 2008 stattgefunden hat. Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise derzeit geringeren Nachfrage nach Energie sind zwar die Preise kurzfristig gesunken. Jedoch wird sich das radikal ändern, wenn die Weltwirtschaft wieder in Schwung kommt. Erste Anzeichen sind deutlich erkennbar. Noch stärker als 2007 und 2008 wird der Ölpreis in die Höhe schnellen. Die Internationale Energieagentur geht von einem Rohölpreis in der Höhe von 200 US-Dollar im Jahr 2013 aus.

Die Auswirkungen all dieser Krisen haben Folgen auf die soziale Situation, die Demokratie und letztlich auch auf Krieg & Frieden. Daher geht es jetzt nicht nur darum, Wege aus der immer noch anhaltenden Wirtschaftskrise zu finden, sondern gleichzeitig auch darum, die Welt nach der Krise so zu gestalten, dass die bereits drohenden nächsten Krisen vermieden werden können. Die Gier nach zweistelligen Renditen, eine finanzmarktgetriebene Ökonomie, die den Bezug zur Realwirtschaft verloren hat, ein konsumorientierter Materialismus, die Endlichkeit unserer Ressourcen, die wachsenden Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung: das alles ist Grund und Anlass für ein neues Denken und eine deutliche Richtungsänderung.

■ **Beispiel**

Die Wirtschaftsprognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sagen für 2010 wieder Wachstum voraus. Nicht berücksichtigt ist dabei, was passiert, wenn bei weltweitem Aufschwung auch der Ölpreis wieder explodiert. Wirtschaftsprognosen gehen meist von kontinuierlichen Entwicklungen aus, nicht so viele EnergieexpertInnen. Die Abhängigkeit von der endlichen Ressource Öl wird zum Bremsen für den Aufschwung und führt unweigerlich in die nächste Krise. Denn Wirtschaftsentwicklung, Energieversorgung, soziale Gerechtigkeit und Klimawandel sind nicht getrennt voneinander zu betrachten. Durch den Rückgang der weltweiten Produktion sinken derzeit auch die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Emissionen wieder steigen werden, wenn beim kommenden Wirtschaftsaufschwung wieder voll auf Öl als Schmiermittel der Weltwirtschaft gesetzt wird.

■ **Vorschlag**

Nachhaltigkeit muss von der oft gebrauchten Worthülse endlich zum Leitprinzip der Politik werden. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Werden die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, also die Verantwortung, den folgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, konsequent verfolgt, wird dies einen deutlichen Kurswechsel bewirken. Wirtschaftspolitisch, umweltpolitisch, sozial- aber auch demokratiepolitisch. Auch Österreich braucht eine neue Richtung. Eine parlamentarische „Enquetekommission Nachhaltige Entwicklung“ soll einen „Kriterienkatalog Nachhaltigkeit“ erarbeiten, der anschließend auf Bundes- und Länderebene gesetzlich verankert wird. Mittelfristig braucht es europaweit einheitliche Kriterien für nachhaltige Entwicklung.

## **These 2: Österreichs politisch-wirtschaftliche Machtstrukturen sind nicht zukunftsfähig.**

### ■ **Begründung**

Geprägt von den beiden Lagern ÖVP und SPÖ hat Österreich in der Nachkriegszeit Strukturen entwickelt, die für viele Stabilität, Wohlstand und auch wirtschaftlichen Aufschwung gebracht haben. Als kleines Land leistet sich Österreich weitläufige Strukturen mit jedoch sehr engen, auch kulturell verflochtenen Netzwerken. Dies betrifft sowohl Politik als auch Wirtschaft und Medien. Auf politischer Ebene kann man dabei insbesondere an die ehemals großen Parteien, parteinahe Organisationen und die Sozialpartnerschaft denken. Dem gegenüber stehen ein großer Verwaltungsapparat und eine Struktur, die für ein kleines Land wie Österreich überdimensioniert sind. Das in erster Linie an Eigeninteresse orientierte Handeln der Verantwortlichen verhindert jedoch echte Reformen, insbesondere Strukturreformen (siehe Infrastrukturprojekte, Bildungsbereich oder Wohnbauförderung). Die einmal ergatterte Hoheit über einen Bereich gibt kein Verantwortlicher, auf welcher Ebene auch immer, freiwillig wieder ab. Daher bleibt das Scheitern von Staats- und Verwaltungsreform Dauerzustand.

Während die politischen Strukturen einerseits formale Macht behalten wollen, wird reale Macht zunehmend an wirtschaftliche Kräfte ausgelagert. Die Finanzkrise hat auch gezeigt, dass das blinde Vertrauen in Akteure des Finanzmarktes zur völligen Selbstaufgabe von Politik führt – bis zu dem Moment, wo Krisenmanagement notwendig wurde. Die Politik hat Macht abgegeben und Gestaltungskraft verloren. Dies ist kein österreichisches Phänomen, jedoch sind in Österreich die Personen-Netzwerke insbesondere im Banken- und Versicherungsbereich sehr dicht, die Verflechtungen sehr groß. Entscheidungen können auf kurzem Wege getroffen werden. Nicht immer im Sinne der Öffentlichkeit bzw. des „Gemeinwohls“.

### ■ **Beispiel**

Föderale Strukturen, hohe Medienkonzentration, dichte Netzwerke. Landeshauptleute üben Einfluss auf „ihre“ ORF-Landesstudios aus, Konzernbosse „wünschen“ sich Bundespräsidentenskandidaturen, enge Freundschaften prägen das Verhältnis zwischen den Mächtigen aus Wirtschaft und Politik: Netzwerkanalysen zeigen, dass die Netzwerke der handelnden Personen in Österreichs Wirtschaft und Politik sehr dicht und insbesondere männlich dominiert sind. Auch diese Kultur gehört im Sinne von Gleichberechtigung, Gerechtigkeit aber auch Gestaltungsfähigkeit und gesellschaftlicher Repräsentation durchbrochen.

### ■ **Vorschlag**

Braucht Österreich neun mächtige Bundesländer? Letztlich nein! Zwischen europäischer Ebene, Bund und Gemeinden ist die Rolle der Länder zu hinterfragen. Der gordische Knoten bei der Staatsreform muss endlich gelöst, insbesondere föderale Strukturen aufgebrochen werden. Ziel jeder Reform muss eine bessere Aufgabenerledigung des Staates sein – zu geringeren Kosten. Dabei geht es nicht nur um Effizienz, sondern auch um Mitwirkungsrechte der BürgerInnen an staatlichen Entscheidungen. Es gilt die Zuständigkeitszersplitterung, die alleine unter dem Blickwinkel der Bestandswahrung von Ministerien, Abteilungen und externen Institutionen bzw. Bund, Ländern und Gemeinden aufrechterhalten wird, zu beenden.

### **These 3: „Slow Politics“: Eine neue politische Kultur denkt über tages- und parteipolitische Sachzwänge und Legislaturperioden hinaus.**

#### **■ Begründung**

Die Mechanismen des Politikmachens und der österreichischen Medienlandschaft erlauben selten einen Blick über eine Legislaturperiode hinaus. Politische Strategien und Programme orientieren sich vor allem an bevorstehenden Wahlterminen. Die größte Aufmerksamkeit gilt der WählerInnenmobilisierung und dem Konflikt mit dem politischen Gegner. Visionen, langfristige Ziele, Orientierung, ja sogar Werte bleiben in einer politischen Kultur, die die eigentlich notwendigen Zukunftsdebatten vermeidet, selten. „Slow Politics“ ist ein kürzlich in den Niederlanden genanntes Schlagwort, das der Politik eine längerfristige Perspektive geben soll und sich an Qualität und Substanz orientiert. Neben dem Prinzip der Entschleunigung, das Möglichkeiten bieten soll, über den Tellerrand zu blicken und widersprüchlich und laut über Politik und Gesellschaft nachzudenken, geht es auch um die Substanz von Politik. „Was wollen wir?“ und „Wo wollen wir hin?“ sind Fragen, die jeden Menschen begleiten (sollten), und zugleich in der mediengesteuerten Tagespolitik kaum mehr eine Rolle spielen. Angesichts einer Welt im Wandel ist jedoch genau das wieder notwendig.

Ein wesentlicher Kern dieser neuen politischen Kultur ist auch, den Menschen - insbesondere in Zeiten der Krise - die Wahrheit zuzumuten. Es wird neue Steuern geben müssen, um der massiven Staatsschuld entgegen zu wirken; die Pensionen sind langfristig nicht gesichert bzw. nur auf überproportionalen Kosten jüngerer Menschen; der Klimawandel wird für massive Belastungen auch im Sozialbereich sorgen, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird. Die Konsequenz dessen ist, auch unbeliebte Entscheidungen zu fällen, diese aber verständlich zu machen.

#### **■ Beispiel**

Es ist mehr als besorgniserregend, wenn sich ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung sehr oder ziemlich gut vorstellen kann „einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“ und 40 Prozent meinen: „Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.“ (Wertestudie 2009)

Die Antwort auf den wiedererstarkten Populismus sollte nicht nur Empörung und Gegenagitation, sondern ein prinzipiell anderer Umgang mit Politik und Kommunikation sein. Dafür braucht es neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung und Diskussion, Brücken in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche, um Politik wieder fassbar zu machen. Gelingt dies nicht, öffnet man den Rechtspopulisten bzw. der FPÖ Tür und Tor, die Krise zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen.

#### **■ Vorschläge**

Österreich braucht eine neue Demokratieinitiative und neue Formen demokratischer Mitbestimmung. Aufbauend auf einem völlig neuen Verständnis politischer Bildung in Schulen hat sich Politikkommunikation grundlegend neu zu orientieren. Transparenz, Teilhabe und Mitbestimmung gerade im Zusammenspiel von Demokratie vor Ort (lokal, regional) und bzw. im Wechselspiel von bewährten Demokratiemodellen (wie Parlamenten) sind die wesentlichen Bausteine. Neue Diskursformen und Kommunikationskanäle sind zu entwickeln. Eine wesentliche Rolle soll dabei auch das Internet spielen. Nicht zum Zweck der Stimmabgabe, sondern als Medium, das Austausch, wechselseitige Kommunikation und gemeinsame Entwicklung von Ideen und Meinung ermöglicht.

Der Zukunftskongress der GRÜNEN ist ein Beispiel für „Slow Politics“. Es ist ein Experiment, das neue Perspektiven und Ideen entwickeln soll und eine Einladung zur Beteiligung und zum politischen Diskurs.

**These 4: Österreich wird keine „Insel der Seligen“, nur ein starkes „Europa der BürgerInnen“ kann die Globalisierung ökologisch und sozial lenken.**

■ **Begründung**

Den großen Herausforderungen der Gegenwart muss europäisch geantwortet werden oder der Wandel wird misslingen. Der Traum von Österreich als Insel der Seligen ist ausgeträumt. Die Krisen der weltweit vernetzten Wirtschafts- und Energiesysteme können nicht durch nationale Antworten gelöst werden. Europa ist ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Weltgesellschaft. Seine heutige Verfassung alles andere als perfekt, steht die Europäische Union heute trotzdem politisch ohne Alternative da. Europa ist ein Angebot, in dem wir unsere Ideen einbringen müssen, weil diese sonst zum Scheitern verurteilt sein werden.

Demokratie-, Umwelt- und Sozialpolitik des politischen Europas ist nach wie vor sehr mangelhaft. Daher sehen die GRÜNEN nicht nur die Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungswerkes, sondern wollen ihre Institutionen auch weiter entwickeln. Die Reform Europas steht erst am Beginn.

Die Europäische Union hat innerhalb seiner Grenzen das Gespenst des Nationalismus überwunden. Sie hat mehr als ein halbes Jahrhundert Frieden gebracht. Sie hat erste wichtige Schritte zur Abwehr der Finanz- und Wirtschaftskrise gesetzt. Sie ist entscheidender Player gegen den Klimawandel. Europa ist ein Wohlstandsversprechen für die neuen Demokratien Osteuropas, das es noch einzulösen gilt. Europa bildet den größten Markt der Welt, der durch kooperative Regeln, soziale und ökologische Standards, solidarisches Vorbild der Welt werden kann.

Eifert Europa dem angloamerikanischen Wachstumsmodell nach, wird es keine substanzielle Rolle für die notwendigen Veränderungen übernehmen können. Das friedliche Zusammenleben in Europa fußt auf einem Fundament sozialer Sicherheit, das die Nationalstaaten durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa errichten konnten. Dieses Modell braucht gemeinsame ökologische Leitplanken. Nur dann kann Europa auch weltweit seine Strahlkraft voll zum Tragen bringen.

■ **Beispiel**

Österreich wäre alleine bei internationalen UN-Klimakonferenzen auf verlorenem Posten. Insbesondere vor dem Hintergrund seiner schlechten Klimaschutzbilanz. Als Teil der EU ist es möglich, auch von anderen Staaten Verpflichtungen zu fordern. Viele umwelt- und klimapolitische Impulse sind in den vergangenen Jahren von der EU ausgegangen. Auch wenn das was bisher erreicht wurde zu wenig ist: Ohne EU hätte der internationale Klimaschutz keine Chance. Die EU nimmt ihre Mitgliedsstaaten in die Pflicht: Österreichs Ziele zur Erreichung eines erneuerbaren Energieanteils von 34% bis 2020 oder auch die verpflichtende Einführung von intelligenten Stromzählern bis 2016 sind EU-Vorgaben.

■ **Vorschlag**

Europa muss seine starke Stimme auf der Weltklimakonferenz gemeinsam und einheitlich für 40 % Emissionssenkungen bis 2020 erheben. Es braucht dieses Ziel, wenn der Trend gedreht werden soll. Ein ökologisches Konjunkturpaket für 5 Mio. Arbeitsplätze stellt die Weichen für den dafür notwendigen Umbau der Wirtschaft und wirkt gegen Arbeitslosigkeit.

Die GRÜNE Vision: Europa wird eine Sozialunion oder das Einigungswerk bleibt unvollendet und vom Zerfall bedroht. Gemeinsame europäische Standards (etwa Richtlinien für Mindestlöhne in allen europäischen Staaten) statt nationalistischer Standortwettbewerb und Sozialdumping sowie ein auf nachhaltigem Wirtschaften beruhendes stabiles Wirtschaftswachstum schaffen ein starkes Europa.

**These 5: Nur die Banken zu retten, ist zu wenig. Jetzt müssen Milliarden in die Zukunft investiert werden: in grüne Arbeitsplätze und Bildung.**

■ **Begründung**

Die enormen Summen, die jetzt von Regierungen zur Ankurbelung der Wirtschaft mobilisiert werden, können dazu genutzt werden, die Fundamente für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell zu legen. Es ist nicht egal, wo jetzt investiert wird. Wird jetzt in die Aufrechterhaltung alter Strukturen, wie z.B. der Automobilindustrie des 20. Jahrhunderts, investiert, bleibt alles beim Alten und die nächste Krise ist nur eine Frage der Zeit. Im krassen Gegensatz zum einseitigen Wirtschaftsliberalismus der letzten drei Jahrzehnte ist mittlerweile mehrheitlich akzeptiert, dass der Staat eine zentrale Rolle spielen muss.

Das grüne Investitionsprogramm dient der nachhaltigen Belegung der Wirtschaft und dem Übergang zu einer umweltverträglichen, kohlenstoffarmen Wirtschaftsform. Dabei geht es zum einen um den Umbau von Schlüsselsektoren, die durch besonders hohen Energiebedarf und CO<sub>2</sub>-Emissionen gekennzeichnet sind. Zum anderen geht es um eine Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur, die sich auf alle Wirtschaftssektoren und auf das Alltagsleben der Gesellschaft auswirkt. Es ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich und verantwortungslos, wieso die Regierung nicht alles in ihrer Macht Stehende tut, um Jobs in den Zukunftsbranchen zu schaffen. In manchen Staaten startet sie bereits durch, die ökologische Wende. In den USA, in Deutschland, in Südkorea, in Japan, wird bewusst in den Wachstumsmarkt Umweltwirtschaft investiert. Ökoenergien werden gezielt gefördert, Umwelt hat Vorrang in vielen Konjunkturpaketen. Bereits heute bietet die Umweltindustrie der EU mehr Arbeitsplätze als die gesamte europäische Autoindustrie.

■ **Beispiel**

Österreich ist anders. Anstatt massiv in Ökoindustrien zu investieren, werden weiterhin Bremsklötze aufgestellt. Österreich liegt mit einem Anteil von 29 Prozent Zukunftsinvestitionen unter den Konjunkturpaketen unter dem Durchschnitt der von der OECD getesteten Staaten von 38 Prozent, wie eine aktuelle Analyse des WIFO ergibt. Zum Vergleich: Deutschland widmete 45 Prozent seiner Stabilisierungsprogramme Zukunftsinvestitionen (der Großteil davon für Bildungsausgaben).

Lediglich ein Prozent der Maßnahmen zur Belegung der Wirtschaft in Österreich kommt laut WIFO Ausgaben für Wissenschaft und Forschung und Entwicklung zu, ein Prozent entfällt auf Bildungsausgaben, vergleichsweise geringe fünf Prozent auf grüne Technologien.

Zum Vergleich: Südkorea investiert laut einer Studie der britischen Bank HSBC 80% seiner Konjunkturpakete in ökologische Projekte.

■ **Vorschlag**

Statt wie mit der Verschrottungsprämie für Alt-Autos Strukturen des 20. Jahrhunderts aufrechterhalten, die keine Zukunft haben, braucht Österreich ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das über die Krise hinaus denkt. Der Staat muss Geld in die Hand nehmen, um Grüne Arbeitsplätze in den Bereichen Ökoenergie, Umwelttechnologien, Bildung und Pflege zu schaffen. Es geht dabei nicht um weitere, zukunftsblinde Konjunkturpakete zur kurzfristigen Abfederung der Krise, sondern um weitblickende Investitionen, die parallel mit einem langfristigen Budget- und Finanzierungsplan zu entwickeln sind und damit der Wirtschaft Investitionssicherheit und den Menschen Zukunftsperspektiven vermitteln.

**These 6: Die fossile Industriegesellschaft ist am Ende. Die dezentrale Energieversorgung wird zur Säule der erneuerbaren Energievolution.**

■ **Begründung**

Mittlerweile haben sogar die meist vorsichtigen und energiepolitisch bislang konservativen Institutionen wie die Internationale Energie Agentur (IEA) akzeptiert, dass ein weiter-wie-bisher nicht mehr funktionieren wird. Mit dem Bericht „World Energy Outlook 2008“ hat die IEA ihre bisherigen Analysen und Botschaften massiv korrigiert: „Das Welt-Energiesystem ist an einem Wendepunkt angelangt. Es wird immer offensichtlicher, dass die aktuellen Wachstumstrends nicht nachhaltig sind – weder ökologisch, noch ökonomisch, noch sozial. Aber sie können – und sie müssen – geändert werden; dafür ist noch immer Zeit. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die Zukunft des menschlichen Wohlstands von zwei Herausforderungen abhängt: Ob es uns gelingt, die Versorgung mit verlässlicher und leistbarer Energie zu sichern und ob eine rasche Wende in Richtung eines kohlenstoffarmen, umweltfreundlichen und effizienten Energiesystems gelingt. Notwendig ist nicht weniger als eine Energievolution.“

Auf die Energievolution muss man jedoch nicht warten; rein technologisch sind die wesentlichen Elemente bereits da. Die Säulen sind Energieeffizienz (also Produkte und Dienstleistungen mit möglichst geringem Energieeinsatz zur Verfügung zu stellen) und die Umstellung auf erneuerbare Energie aus Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme in der Strom- und Wärmeversorgung sowie in der Mobilität.

Weltweit werden derzeit schätzungsweise rund 60 Milliarden Euro pro Jahr in energieeffiziente Technologien investiert. Von der kalifornischen Küste bis China wurde erkannt, dass hier die Zukunft liegt. Der Wandel bedeutet jedoch auch, dass energieintensive Industriezweige unter Druck geraten. Sie werden umdenken müssen oder sie werden nicht überleben.

Ein Schlüssel der künftigen Energieversorgung ist die Dezentralisierung. Mittels Solartechnologie, Biomasse und Energieeffizienz als Voraussetzung werden viele ihre Energie selbst produzieren. Als Teil eines intelligenten Stromnetzes können Haushalte dabei auch selbst zum Anbieter von Energie werden.

■ **Beispiel**

„My Home is my Kraftwerk“: Im Wohn-Neubau hält der Trend an, nur mehr Niedrigenergie- und Passivhäuser zu errichten. Die Zukunft geht sogar noch einen Schritt weiter. Mit Plusenergiehäusern wird Energie nicht nur sehr effizient verbraucht, sondern auch produziert. Durch Solaranlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung oder auch mittels sog. Mini-Blockkraftwerken. Häuser und Bürogebäude werden zu Kraftwerken, die EigentümerInnen bzw. BewohnerInnen zu ihren eigenen Energielieferanten.

■ **Vorschlag**

Der Staat muss sich aus der fossilen Energiewirtschaft zurückziehen. Österreich setzt sich zum Ziel, als erstes Land der Welt zu 100% auf Ökoenergie umzusteigen. Alle Förderungen und staatliche Unterstützungen für fossile Energieträger und Atomkraft auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene werden konsequent gestrichen (z.B. Wohnbauförderung für Gasbeheizte Wohnungen) bzw. in den Aufbau dezentraler Energiesysteme auf Basis erneuerbarer Energien und Energieeffizienz umgelenkt.

### **These 7: Intelligente Stromnetze stellen die Stromversorgung auf neue Beine und schicken das fossile Auto in die Wüste.**

#### **■ Begründung**

Eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht eine zukunftsfähige Infrastruktur. Dazu gehört auch ein robustes, intelligentes Stromnetz, das aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strom aufnehmen und verteilen kann und auch ein zuverlässiges Netzwerk für zukünftige elektrobetriebene Fahrzeuge, die an der Steckdose aufgeladen werden bzw. überschüssigen Strom ins Netz einspeisen, bietet.

Ein intelligentes Stromnetz stellt einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise dar, wie Energieversorger zukünftig ihr Geschäft betreiben. Neben dem Netz zählen dazu auch intelligente Stromzähler, automatisierte Kontrollen, digitale Sensoren und andere moderne Technologien, die Entscheidungen über die Energienutzung unterstützen. Ein intelligentes Stromnetz kann Angebot und Nachfrage effektiver ausbalancieren und durch den verstärkten Einsatz von lokaler, verteilter Stromerzeugung Übertragungsverluste reduzieren. Ein intelligentes Stromnetz ist zudem besser dazu in der Lage, durch wechselnde Windstärke und Sonneneinstrahlung bedingte Schwankungen in der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auszugleichen. Schließlich erlaubt es Privathaushalten und Unternehmen, überschüssigen Strom ins öffentliche Netz einzuspeisen. Kurz: Intelligente Stromnetze helfen KonsumentInnen, Wirtschaft und Energieversorgern mit dem wichtigen Energieträger Strom sparsam umzugehen.

Auch die Mobilität wird durch die intelligenten Stromnetze massiv beeinflusst, denn das fossil betriebene Auto hat keine lange Zukunft mehr. Alle Autoproduzenten steigen derzeit in die Elektromobilität ein. Durch intelligente Netze werden diese Autos aber nicht nur zum Nutzer, der an der Steckdose Strom bezieht, sondern auch zum Speicher bzw. Einspeiser ins Netz. Die Automobilindustrie muss radikal umdenken.

#### **■ Beispiel**

Wie Pilotprojekte zeigen, kann mit Hilfe der in intelligenten Stromnetzen genutzten Energiemanagementsysteme der Stromverbrauch insgesamt um 10 bis 15 Prozent und der Spitzenlastverbrauch sogar um bis zu 43 Prozent gesenkt werden. Die Oberösterreichische Energie AG hat derzeit 10.000 intelligente Stromzähler im Testbetrieb. Bis Ende 2010 soll auf 100.000 Stück ausgebaut werden. Dass auch in Sachen Elektromobilität einiges möglich ist, zeigt ein Pilotprojekt namens „Vlotte“. Mit Jahresende werden 100 Elektrofahrzeuge in der ersten österreichischen Modellregion für Elektromobilität auf den Straßen Vorarlbergs unterwegs sein. Zugleich werden 50 Ladestationen landesweit eingerichtet. Im Rahmen des staatlich geförderten Pilotprojektes sollen Erfahrungen – etwa über Praxistauglichkeit, Verbrauch, Reichweiten, Servicekosten und verschiedene Akkutechnologien – gesammelt werden. Gleichzeitig wird die notwendige Infrastruktur auf Basis erneuerbarer Energieträger aufgebaut.

#### **■ Vorschlag**

Österreich und Europa sollen Vorreiter bei der Entwicklung des intelligenten Stromnetzes werden, in den meisten Haushalten sollen intelligente Stromzähler Standard sein (Ausnahme bei kleinen Haushalten mit sehr geringem Verbrauch). Jeder Bewohner soll aktuell seinen Stromverbrauch ablesen und einschätzen können. Die Integration von Elektrofahrzeugen ins intelligente Netz sorgt für weitere Effizienzsteigerungen an der Schnittstelle Mobilität und Stromnetz.

**These 8: Miteinander statt gegeneinander: Das „Shared-Space-Modell“ revolutioniert Mobilität und Raumplanung.**

■ **Begründung**

„Shared Space“ - übersetzt: „geteilter Raum“ - bedeutet: Mobilitätsraum für alle. Verkehr betrifft nicht nur die, die selbst in/auf einem Vehikel sitzen, sondern auch uns alle in unserem alltäglichen Leben. FußgängerInnen, Fahrrad-, Auto- und LKW-Verkehr teilen sich gemeinsam den Straßenraum. Im „Shared Space“ werden Verkehrsschilder und Ampeln auf ein Minimum reduziert, die Wege ohne Bordsteine gebaut. Der überraschende Effekt: Durch mehr Blickkontakt und Rücksichtnahme passieren weniger Unfälle, die Sicherheit steigt - und alle sind entspannter in ihrer Stadt unterwegs. Der Straßenraum wird so umgestaltet, dass sich alle gern dort aufhalten und gleichzeitig der notwendige Autoverkehr weiterhin stattfinden kann.

Alle Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten werden auf der Straße gleichberechtigt. Dieser im „Shared Space“-Ansatz umgesetzte Grundsatz bedeutet v.a. Vorrang für die Schwächsten. Die Straße ist auch wieder zum Spielen da: Kinder können wieder den öffentlichen Raum beleben.

Das „Shared-Space-Modell“ bezieht nicht nur die klassische Straße ein, es ist ein innovatives Konzept zur umfassenden Gestaltung des öffentlichen Raums. Straßen, Wege, Plätze sind Lebensraum, der von allen VerkehrsteilnehmerInnen geteilt wird. Ein sozialer, zwischenmenschlicher, rücksichts- und respektvoller Umgang wird zur Selbstverständlichkeit. Dieser Raum soll nicht durch Ampeln, Schilderwald, Fußgängerinseln oder sonstige Barrieren organisiert werden, sondern durch die Möglichkeit der Verständigung aller VerkehrsteilnehmerInnen. VerkehrsteilnehmerInnen werden nicht voneinander getrennt, sondern teilen sich den Straßenraum im Sinne eines verantwortungsbewussten Miteinanders. Wenn nicht mehr klar ist, wer „Vorfahrt“ hat, treten wieder die informellen Regeln menschlicher Höflichkeit in Kraft.

■ **Beispiel**

Das Shared Space - Modell wurde von niederländischen Planern ab den 1980er-Jahren entwickelt und mittlerweile in zahlreichen Städten und Orten zunächst in den Niederlanden, in den letzten Jahren (v.a. im Zuge eines 2004 gestarteten EU-Projekts) auch in Deutschland, Großbritannien, der Schweiz („Begegnungszonen“) und Dänemark umgesetzt. Auch in Österreich gibt es Interesse und erste vereinzelte Mini-Pilotprojekte. Es braucht aber mehr als „ein bisschen besser gestaltete“ Wohnstraßen oder Kreisverkehre. Mit einem mutigen, umfassenden Shared Space-Ansatz kann, wie die Beispiele aus Bohmte (D), Haren oder Drachten (NL), London-Kensington (GB) belegen, durch die Bank eine deutliche Reduktion der Unfallhäufigkeit und -schwere erreicht werden, auch bei teilweise beträchtlichen Verkehrsaufkommen.

■ **Vorschlag**

Das Land (die Gemeinde), das innerhalb eines festzulegenden Zeitraums die meisten konsequenten Shared-Space-Lösungen (auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien) je 100 oder 1000 EinwohnerInnen zu Wege bringt, erhält die Kosten zu 150% aus dem heute für den Ausbau von Landesstraßen vorgesehenen Bundesbudget refundiert.

**These 9: Mobilität anbieten statt nur Fahrzeuge: Nicht das Auto der Zukunft ist entscheidend, sondern die Zukunft der Mobilität.**

■ **Begründung**

Die Weltwirtschaftskrise hat die Automobilindustrie, die in Österreich für die Beschäftigung von bis zu 200.000 Menschen Bedeutung hat, schwer getroffen. Realistisch betrachtet muss man sagen: Nicht alle Unternehmen werden überleben. Nicht alle Arbeitsplätze sind zu halten. Zu lange blieben wichtige Fragen unbeantwortet: Wie sieht das Auto, die Mobilität der Zukunft aus?

Das Elektroauto wird das fossile Auto nicht 1:1 ersetzen. Insbesondere in der Stadt wird es zu neuen Mobilitätsmodellen und -angeboten kommen. Das Bild, das jeder „sein“ Auto hat, idealerweise mit Garagenplatz oder Parkplatz vor der Tür, ist nicht zukunftsfähig. Es geht um neue Perspektiven, sonst kollabiert unser Transportsystem.

Das Auto der Zukunft darf daher nicht so wie das Auto der Vergangenheit gedacht werden. Es geht um die Nutzung, nicht um den Erwerb und Besitz des Autos. Ein Fahrzeug ist etwas, das in erster Linie einer konkreten Nutzung dient. Und diese Nutzungen sind sehr unterschiedlich. Transporte, Wochenendausflüge, Familienkutsche, kurze Wege, Pendeln von/aus der Stadt...die Vielfalt ist groß. Warum nicht auch das Angebot vervielfältigen? Das integrierte Mobilitätsangebot umfasst den öffentlichen Verkehr, Radverkehr, FußgängerInnen, idealerweise in einem Lebensraum der kurzen Wege, aber auch das umweltfreundlich betriebene Auto, das man sich an allen Bahnhöfen oder sonstigen Verkehrsknotenpunkten kostengünstig ausleihen kann. Carsharing ist nicht passé, sondern in neuen Mobilitätsangeboten erst im Kommen.

■ **Beispiel**

Ein Auto zu besitzen, kostet viel Geld. Die Kosten für Mobilität sind in den vergangenen Jahren gestiegen - und sie steigen weiter. Laut Verkehrsclub Österreich wurden im Jahr 1970 noch zehn Prozent des Haushaltseinkommens für Mobilität ausgegeben, hingegen werden es im Jahr 2020 bereits 25 Prozent sein.

Wilfried Sihn, Österreich-Chef der Fraunhofer Forschungsgesellschaft, argumentierte im Kurier vor einigen Monaten: "Verkauft wird in Zukunft nicht das Auto, sondern die Mobilität. Wenn ich also als Autokunde in der Stadt bin, erwerbe ich mir eine Mitfahrgelegenheit oder ein Elektroauto, für längere Strecken aufs Land nehme ich mir an diesem Tag ein Benzinauto. Ich kaufe mir also nicht ein Fahrzeug, sondern die Nutzungsmöglichkeiten."

■ **Vorschlag**

Neue Mobilitätsanbieter braucht das Land. Förderungen sollen gezielt neue Mobilitätsangebote forcieren, die integrierte Modelle anbieten. So können Mobilitätslösungen zum Bestandteil von Wohnprojekten werden. Warum nicht bei größeren Bauprojekten gleich die Mobilität als Angebot mit verkaufen? Man bietet nicht ein Auto, sondern viele Nutzungsformen inkl. Stromtankstelle am Siedlungsgelände. ÖV-Anschluss und Fahrrad-Infrastruktur müssen ohnehin zur Selbstverständlichkeit der Raumentwicklung werden.

**These 10: Das tägliche Schnitzel ist nicht nur ungesund, sondern auch klimafeindlich. Die Landwirtschaft rückt stärker ins Zentrum der Klimapolitik.**

■ **Begründung**

Die Landwirtschaft trägt mit einem Anteil von 10-12 Prozent unmittelbar zu den globalen Treibhausgasen bei. Berücksichtigt man die Emissionen, die durch eine Veränderung der Landnutzung wie Entwaldung, Grünlandumbruch oder Entwässerung von Mooren freigesetzt werden und die Emissionen, die bei einer sehr energieintensiven Produktion entstehen, dann entfällt ein Anteil von bis zu 32 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft. Vor allem bei Lachgasen (N<sub>2</sub>O) und Methan (CH<sub>4</sub>), zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhauspotential als Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Politisch zählt die Landwirtschaft zum international meist unterschätzten Sektor bei der Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen. Das wird sich ändern müssen, will man den Klimakollaps vermeiden.

In Österreich betrug der Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen laut Umweltbundesamt im Jahr 2005 8,4 Prozent. Berücksichtigt man Vorleistungen der Landwirtschaft (u.a. Herstellung der Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel), stammt jede siebente Tonne klimaschädlicher Treibhausgase aus der Landwirtschaft (die genannten Vorleistungen werden derzeit der Industrie zugezählt). Ein wichtiger Ansatz, die klimarelevanten Emissionen in der Landwirtschaft zu reduzieren, ist der Ausbau des Biolandbaues. Die Klimabilanz des ökologischen Landbaus ist wesentlich besser als die der konventionellen Landwirtschaft. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der pflanzlichen und tierischen Bio-Produktion sind bezogen auf die Fläche um 30 bis 66 Prozent geringer. Pro kg Produkt sind sie noch immer um 7 bis 25 Prozent geringer.

■ **Beispiel**

VerbraucherInnen können über ihren Ernährungsstil einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und eine klimagerechte Landwirtschaft fördern. Fleisch und seine Produktion sind besonders kritisch für das Klima. Auf 30 Prozent der Weltagrarfläche werden Futtermittel angebaut, zugleich hungern Milliarden Menschen.

Wer häufiger ökologisch, saisonal und regional einkauft, entlastet die Treibhausgasbilanz.

Zugleich ist auch ein Trend Richtung Selbstanbau zu registrieren, auch in Städten. Eigeninitiativen dieser Art sind durch Weiterbildungsangebote aber auch Flächen im Zuge städtischer Entwicklungs- und Siedlungsprojekte zu unterstützen.

■ **Vorschlag**

Die Landwirtschaft wird auf europäischer Ebene zentraler Teil der Klimaschutzpolitik. Biolandwirtschaft wird mittelfristig ebenso zum europäischen Standard wie eine kreislauforientierte, artgerechte und flächengebundene Tierhaltung (dabei ist die Anzahl der Tiere von der Fläche abhängig. Ökobetriebe halten nur so viele Tiere, wie sie auch von ihren Acker und Weideflächen füttern können). Generell ist die Fleischkonsumkultur in Österreich, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt massiv zu hinterfragen und zu thematisieren.

**These 11: Verantwortungsbewusstes Wirtschaften statt Ego-Kapitalismus – nachhaltige Investments müssen die reine Spekulationsgier ablösen.**

■ **Begründung**

Die Gier nach zweistelligen Renditen und schnellen Profiten ist mitverantwortlich für die Blase an den Finanzmärkten. Immer ausgefeiltere, von der Realwirtschaft entkoppelte Finanzprodukte, konnten sich etablieren, und wurden nicht mal von den Aufsichtsorganen entsprechend durchschaut, geschweige denn kontrolliert.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, zu welchen Auswüchsen die Entkoppelung von Real- und Finanzwirtschaft, unregelte Spekulationen und das Erfinden immer neuer Anlageinstrumente führt. Spätestens jetzt sollte klar sein, dass die Auswüchse einer Spekulationskultur dieser Art nicht zielführend sind. Renditen von jährlich 10-20% sind nicht Teil der Norm, wie oft kommuniziert wurde, sie sind die Ursache des Problems. Selbst die Republik Österreich nahm Gelder eigens zum Spekulieren auf und befürchtet jetzt hunderte Millionen an Verlusten.

■ **Beispiel**

Ein Umdenken ist notwendig: Weg von Spekulationen hin zu nachhaltigen und ethisch-ökologischen Veranlagungsformen. Die stärksten nachhaltigen Aktienfonds haben in den letzten Jahren immer wieder mehr Rendite erreicht als der weltweite MSCI World Aktienindex, einem der wichtigsten Aktienindizes der Welt. Nachhaltige Investments sind am aufsteigenden Ast. Derzeit existieren jedoch wenige Beispiele für gesetzliche Regelungen von ethischen Investments. Im Pensionskassen-Gesetz beispielsweise steht lediglich, dass die Pensionskassen bei Investments in ethisch-ökologische Veranlagungen eine Berichtspflicht über die Richtlinien der ethisch-ökologischen Veranlagung haben.

■ **Vorschlag**

Der Staat braucht eine Veranlagungsstrategie, die transparent ist und sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert. Dies betrifft die gesamte Veranlagung öffentlicher Gelder, also Bundesfinanzierungsagentur, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger etc.

Alle entsprechenden Anreize sind mit Hilfe von Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen und entsprechend zu reformieren bzw. gegebenenfalls einzustellen.

Die staatliche Förderung der privaten Pensionsvorsorge, die letztlich ebenso hochriskante Anlagen mit öffentlichen Mitteln unterstützt, ist nicht zielführend und daher einzustellen.

#### **These 12: Das BIP wird abgeschafft: das Verhältnis von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität muss neu definiert werden.**

##### ■ **Begründung**

In der derzeitigen Krise starrt alles auf die Konjunkturdaten. Das Wirtschaftswachstum ist dabei der Gradmesser, an dem die Gesundung gemessen wird, denn ein Einbruch des Wirtschaftswachstums bedeutet Verluste von Jobs und soziale Unsicherheit. Man braucht nicht mehr den Club of Rome, um zu begreifen, dass unendliches Wirtschaftswachstum mit begrenzten natürlichen Ressourcen nicht zu bewerkstelligen ist. Wir haben nur diesen einen Planeten. Wenn alle (künftig) neun Milliarden Menschen über den derzeitigen Reichtum der OECD-Länder verfügen würden, müsste die Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2050 15mal höher sein als heute.

Wirtschaft, Umwelt und Soziales sind nicht voneinander zu trennen. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen: Wie ist „nachhaltiges“ oder gar „moralisches“ (© Stiglitz) Wachstum zu erreichen? Wie können die berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer nach Wachstum und die Notwendigkeit einer stabilen Wirtschaft mit den vorhandenen Ressourcen erreicht werden? Wie sieht das Verhältnis von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität aus? Braucht es andere Konsumgewohnheiten in den entwickelten Ländern und wenn ja, welche politischen Maßnahmen können diese unterstützen? Brauchen wir neue Messlatten, um Fortschritt und Wohlstand zu messen? Die letzte Frage würden auch viele ÖkonomInnen heute mit „ja“ beantworten. Die Frage ist nur, wie.

##### ■ **Beispiel**

Die vom französischen Präsident Sarkozy 2008 eingesetzte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“, an der Joseph Stiglitz, Amartya Sen und vier weitere Nobelpreisträger mitarbeiteten, legte kürzlich - ein Jahr nach der Lehmann-Pleite - ihren Bericht vor. Der Fortschritt von Gesellschaften und Staaten und das Glück der Menschen und der Völker können durch schlichtes ökonomistisches Zusammenzählen von Wirtschaftsvorgängen nicht einmal annähernd beschrieben oder definiert werden.

Vorschläge für ein neues, anders bewertetes BIP gibt es schon lange: Die Vereinten Nationen haben einen Index der menschlichen Entwicklung erarbeitet. Die Weltbank verwendet soziale und ökologische Kriterien bei der Berechnung von Wohlstand. Umweltorganisationen haben das Konzept des „ökologischen Fußabdrucks“ geprägt, der von einigen Behörden bereits als Messgröße für den ökologischen Fortschritt anerkannt wird. Das Himalaya-Königreich Bhutan setzt auf das „Bruttosozialglück“ und die EU-Kommission hat ebenfalls eine Initiative gestartet: Ein „Index für die Umweltbelastung“ soll das BIP ergänzen, Lebensqualität und Wohlstand sollen neu vermessen werden.

##### ■ **Vorschlag**

Das BIP allein macht nicht glücklich. Es macht keine Aussagen bezüglich Wohlstand, Lebensqualität oder Verteilungsgerechtigkeit. Da der wirtschaftliche „Erfolg“ (oder die Krise) auch in den Medien aber oft nur über das BIP transportiert werden, fällt es politisch oft so schwer, Maßnahmen durchzusetzen, die zwar der Lebensqualität dienen, aber das Wachstum des BIP schmälern könnten. Das BIP des 20. Jahrhunderts hat ausgedient und muss zu einem BIP-NEU werden, dass den oben beschriebenen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein neues, ökologisch und sozial ausgerichtetes BIP kann das Umdenken für den notwendigen Kurswechsel befördern.

**These 13: Die Zügel der Finanzmärkte müssen wieder in staatliche Hand, und Banken wieder das tun, wozu sie eigentlich da sind.**

■ **Begründung**

Der Casino-Kapitalismus hat uns in die Spielhölle geführt. Die Sucht nach immer höheren Renditen hat zu teils absurden, von der Realwirtschaft entkoppelten „Finanzprodukten“ geführt – mit viel Geld, aber irrealem Wert. Die Finanzmärkte brauchen klare Regeln, um ihren eigentlichen Zweck verfolgen: Die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und – in einem verantwortlichen Rahmen – die Übernahme von Risiken. Dafür braucht es jedoch verantwortliche Politik und klare Regeln. Die Banken- und Finanzkrise hat gezeigt, es muss mehr statt weniger gemeinsame Regeln der Finanzpolitik geben. Der Euro-Raum kann beginnen und damit weitere Impulse für eine Neuausrichtung der Weltfinanzpolitik setzen. Die Bekenntnisse von politischer Seite gibt es, aber kaum setzt Erholung ein, übernimmt der Geist der Gier wieder das Ruder. Es braucht eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Auf Basis des Verursacherprinzips sollte die Kosten hierfür auch der Sektor selbst tragen.

Neben der Regulierung ist jedoch zu hinterfragen, ob sich Banken nicht generell wieder jenem Zweck besinnen müssten, für den sie eigentlich gegründet wurden. Nämlich günstige und tw. kostenlose Girokonten und Kredite bereitzustellen. Wenn der Markt dazu nicht angemessen in der Lage ist, muss gegebenenfalls auch der Staat wieder Bank werden.

■ **Beispiel**

Teure Bankgebühren, kaum Kredit Chancen, und Banken, die primär neue Anlageformen verkaufen wollen. Der Bankenmarkt schließt viele Interessen aus. Ein erfolgreiches Gegenbeispiel ist die Zweite Sparkasse, die das Ziel verfolgt, Menschen zu helfen, die normalerweise bei anderen Banken kein Bankkonto und ähnliche Leistungen mehr erhalten würden. Sie würden eigentlich vom Zahlungsverkehr ausgeschlossen werden, jedoch gibt es über die Zweite Sparkasse nochmals eine Chance für diese Menschen. Das Angebot der „Die Zweite Sparkasse“ umfasst ein Girokonto, mit dem Sie Ihren Zahlungsverkehr bequem abwickeln können. Das Konto wird nur auf Haben-Basis geführt, eine Überziehung ist nicht möglich. Ein Sparkonto, mit dem flexibel ersparte Beträge angelegt werden können, und eine BankCard mit der Ein- und Auszahlungen getätigt werden können. Das Konto wird nur in enger Kooperation mit Wohlfahrts- und Beratungsorganisationen angeboten.

■ **Vorschlag**

Konsequente Regulierung der Finanzmärkte bedeutet: In Zukunft müssen alle Produkte, alle Akteure und alle Länder in die Finanzmarktordnung und -aufsicht miteinbezogen werden. Das gilt gerade auch für die bisher unregulierten Hedge-Fonds. Die Finanzaufsicht muss künftig hochriskante Finanzprodukte, wie z.B. ungedeckte Leerverkäufe, verbieten können. Außerdem müssen Rating-Agenturen klaren Regeln unterworfen werden, da sie durch falsche Bewertungen für die Krise mitverantwortlich sind. Es braucht eine europäische Finanzaufsicht, die mit den Unternehmen auf Augenhöhe agiert und einen Wettlauf um die geringste Regulierung in Europa verhindert.

Sollte das Bankenwesen nicht dem öffentlichen Interesse entsprechen, ist auch eine staatliche Beteiligung bzw. die Gründung einer öffentlichen Bank in Betracht zu ziehen, die auch in Krisenzeiten das Kreditgeschäft für die BürgerInnen und insb. kleine UnternehmerInnen aufrecht erhalten kann.

**These 14: Weil das Steuersystem ungerecht ist, zahlen die Falschen die Zeche für die Krise des Finanzsystems.**

■ **Begründung**

Einkommen aus Gewinn, Besitz und Vermögen tragen in Österreich derzeit sehr wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Gerade diese Einkommen stiegen aber in den letzten Jahren drastisch an. Die Finanzierung des Sozialstaats erfolgt zum größten Teil durch Steuern und Abgaben auf Löhne und Gehälter der Lohnabhängigen. Und genau hier liegt ein massives Problem: Die Lohnabhängigen schultern den Großteil der Steuer- und Abgabenlast, ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen (=Lohnquote) sinkt aber seit rund 30 Jahren, während der Anteil der Einkommen aus Gewinn, Besitz und Vermögen steigt.

Sinkt die Lohnquote, wird im gegenwärtigen Sozialsystem auch die Finanzierung schwieriger. Wären nämlich die Löhne und Gehälter seit Beginn der 1980er Jahre genau so stark gewachsen wie das gesamte Volkseinkommen, so wäre das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen heute um mehr als 3 Milliarden Euro höher als es tatsächlich ist.

■ **Beispiel**

Laut einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) ist die Verteilung der Primäreinkommen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten deutlich ungleicher geworden. Auf individueller Ebene nahm die Streuung der Markteinkommen vor allem in den 90er-Jahren deutlich zu. Bei den Haushaltseinkommen hingegen änderte sich die Verteilung nur wenig, sie wurde aber seit 2000 merklich ungleicher. Die Hauptgründe dafür sind u.a. Teilzeitarbeit, atypische Beschäftigungsformen, technischer Fortschritt und die Globalisierung der Einkommen der Geringqualifizierten. Dazu kommt eine extrem ungleiche Verteilung des Vermögens. Aus den Befragungen der Österreichischen Nationalbank zu Geld- und Immobilienvermögen (2004 bzw. 2008) geht hervor, dass die obersten 10% der Haushalte über 60% des Immobilienvermögens und rund 53 % des Geldvermögens verfügen.

■ **Vorschlag**

Demokratie und Sozialstaat bleiben mittelfristig nur dann finanzierbar, wenn auch die stark gestiegenen Einkommen aus Gewinn Besitz und Vermögen ihren Beitrag dazu leisten. Das Steuer- und Abgabensystem bedarf einer neuen Schwerpunktsetzung.

Reiche und Banken müssen einen fairen Beitrag leisten:

- Besteuerung großer Vermögen: Mittelfristig und schrittweise soll Österreich bei vermögensbezogenen Steuern vom EU-Schlusslicht ins Mittelfeld aufrücken. Auch Stiftungsmillionäre sollen faire Steuern zahlen.
- Keine Steuerbefreiung für Spekulanten: Vermögenszuwachssteuer.
- Bankensonderabgabe
- Warum ist beim Kauf von Lebensmitteln eine Steuer fällig, beim Aktienkauf hingegen nicht? Die künstlichen Finanzprodukte haben sich bisher bei der Finanzierung des Gemeinwesens aus der Verantwortung gestohlen. Und zugleich für massive Gewinne gesorgt. Eine europäische Finanzumsatzsteuer soll Abhilfe schaffen.
- Anzudenken ist weiters eine Vereinfachung des Steuersystems durch eine einheitliche Besteuerung aller Einkommen. D.h. Einkommen aus Kapitalerträgen unterliegen der gleichen Progression wie Einkommen aus Arbeit.

### **These 15: Grüne Arbeitsplätze und Klimaschutz finanzieren sich nicht von selbst: Europa braucht eine CO2-Steuer, Österreich weniger Steuern auf Arbeit.**

#### ■ **Begründung**

Frankreich hat es vorgemacht, die Europäische Kommission will es auch: Eine CO2-Steuer soll helfen, die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Idee einer CO2-Steuer ist vom Prinzip her nichts anderes als jene ökologisch-soziale Steuerreform, die von den GRÜNEN europaweit seit Jahren gefordert wird. Die Idee ist alt aber gut und deren Umsetzung heute notwendiger denn je. Die BürgerInnen müssen sich davor nicht fürchten: Der sparsame Umgang mit Energie wird belohnt. Fossile Energie aus Kohle, Öl und Gas sowie andere umweltbelastende Stoffe (CO2-Emissionen) bzw. Tätigkeiten (Straßenverkehr) werden verteuert, die Belastung des Faktors Arbeit wird gesenkt, die Wirtschaft kann um selbe Geld mehr Arbeitsplätze schaffen.

Der Faktor Arbeit ist in Österreich vergleichsweise sehr hoch belastet. Das ist nicht nur unfair, sondern auch wirtschaftlich falsch: Teure Arbeit führt zu weniger Beschäftigung.

#### ■ **Beispiel**

Ab 2010 sollen die Franzosen pro ausgestoßene Tonne CO2 mit einer Abgabe von 14 Euro belastet werden, wobei Befreiungen für Atomstrom (woran sich Europa kein Beispiel nehmen sollte) und die großen Energieverbraucher in der Industrie vorgesehen sind (Stahl-, Glas und Chemieindustrie, die bereits dem Emissionshandel unterliegen, der jedoch wirksamer gestaltet werden müsste). Die Einnahmen aus diesem „Klimabeitrag“ sollen 4 Mrd. Euro jährlich in Frankreichs Staatskasse spülen. Eine Expertenkommission hatte 32 Euro pro Tonne gefordert. Die Abgabenbelastung insgesamt soll nicht steigen, die CO2-Steuer ist Teil einer umfassenden Steuerreform mit dem Ziel, Sozialabgaben und Einkommensteuer zu senken.

#### ■ **Vorschlag**

Eine europaweite CO2-Steuer auf fossile Energieträger kann ein Motor für den Umstieg auf erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und die Schaffung Grüner Arbeitsplätze sein. Jedoch darf der europäische Gleichklang nicht Ausrede zur Verhinderung nationaler Maßnahmen sein. Schon jetzt gibt es Spielraum für nationale Maßnahmen, etwa die Ausdehnung LKW-Maut auf alle Straßen, eine höhere Dieselbesteuerung oder die Ökologisierung der Normverbrauchsabgabe (NOVA). Das Zeitfenster für Investitionen ist jetzt offen. Grundlage für die Architektur dieser sehr grundlegenden Steuerreform ist das ökosoziale Steuermodell, das fossile Energieressourcen belastet und den Faktor Arbeit signifikant entlastet.

**These 16: Nicht Geld sondern Wissen arbeiten lassen: Einpersonen- und Kleinunternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft.**

■ **Begründung**

Seit einem Jahrzehnt ist die Arbeitswelt massiv im Umbrechen. Vollzeitstellen und langjährige Dienstverhältnisse gehören vielfach der Vergangenheit an. In Österreich gibt es mehr als 200.000 EPU und 120.000 Mikro- und Kleinstbetriebe. Gemeinsam sichern sie derzeit ca. 650.000 Arbeitsplätze. Ihre Stärken liegen in ihrer Flexibilität, Kreativität und in ihrem Mut, neues auszuprobieren, insbesondere im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Trotz ihrer geringen Größe gelingt es den kleinen Betrieben durch vielfältige soziale Netzwerke und temporäre, projektbezogene Kooperationen sich auch gegen größere Betriebe zu behaupten.

Zugleich wird die Ressource Wissen zum wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungsmotor. Insbesondere Städte, aber auch Regionen bemühen sich darum, die besten Köpfe zu gewinnen. Der Wettbewerb um die besten Wissenschaftsstandorte hat schon längst eingesetzt.

Waren früher Steuervorteile für Großunternehmen die entscheidenden Standortfaktoren, werden in Zukunft noch verstärkt Bildung, IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie)-Infrastruktur, funktionierende Netzwerke zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, aber auch Lebensqualität, offene Kultur, soziale Sicherheit, Innovationsfähigkeit entscheidend sein. Insbesondere Kreativität wird zum Schlüsselfaktor der Wirtschaft der Zukunft ist. Kleinunternehmen werden die Träger dieser Struktur.

■ **Beispiel**

Die Wirtschaftspolitik orientiert sich vorwiegend an den Bedürfnissen großer, finanzstarker Unternehmen und der vermeintlich großen Zahl ihrer MitarbeiterInnen. Auch die österreichischen Konjunkturpakete kommen fast ausschließlich Industriebetrieben und Banken zugute. Klein- und Kleinstbetriebe profitieren nur sehr wenig, obwohl diese von der Kreditklemme besonders stark betroffen sind. Das Beschäftigungspotential im Bereich der EPU und KMU wird weiterhin unterschätzt.

■ **Vorschlag**

Städte und Regionen müssen eine Infrastruktur bereitstellen, die „Wissen arbeiten lässt“. Der Ausbau der breitbandigen Infrastruktur (Glasfasernetz) wird in den kommenden Jahren zentral sein. Aber auch der Zugang über Projekte und medienkompetente Institutionen.

Neben der „harten“ Infrastruktur braucht es auch Maßnahmen insbesondere im Ausbildungsbereich, vereinfachte Beschäftigungsmöglichkeit für Nicht-ÖsterreicherInnen im Kreativ- und F&E-Bereich, der geförderten internationalen Austausch und weitere Schwerpunkt-Förderprogramme z.B. im Bereich sozialer Innovation.

### **These 17: Ohne Privilegienabbau und Umbau des Pensionssystems ist der Pensionsschock bei den jüngeren Generationen vorprogrammiert.**

#### **■ Begründung**

Jüngere gegen Ältere – das wäre der klassische Konflikt. Und tatsächlich zeigt ein Blick auf die soziodemographische Entwicklung, dass der Anteil der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, deutlich steigen wird. Die Lebenserwartung ist deutlich höher als früher, zugleich ist die Geburtenrate vergleichsweise gering. Aber auch die Lebensweise hat sich geändert: Was früher in Lebensjahren als „alt“ galt, ist es heute nicht mehr zwingend.

Zugleich fußt unser Pensionssystem auf alten Annahmen. Es geht davon aus, dass Menschen ihr gesamtes Leben über kontinuierlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und schützt daher nicht vor Altersarmut. Es verteilt die Mittel ungerecht zu Gunsten derer, die ohnehin bereits hohe Ansprüche haben. Insofern lautet der Konflikt nicht „Jung gegen Alt“, sondern „Alt gegen Alt“, aber auf Kosten der jüngeren BeitragszahlerInnen.

#### **■ Beispiel**

Trotz eines gesetzlichen Pensionsalters von 65 Jahren liegt das tatsächliche Antrittsalter bei Männern bei 58,9 Jahren. Die Kluft ist damit größer als in den meisten anderen europäischen Staaten. Zugleich haben die ÖsterreicherInnen jedoch die längsten faktischen Versicherungszeiten sowie die längsten faktischen Wochenarbeitszeiten in der EU. Das Problem liegt somit nicht nur im Pensionssystem, sondern im Umgang mit Erwerbsarbeit, insbesondere im Alter. Arbeitgeberseitig erwünschte Frühpensionierungswellen (etwa in der ÖBB), Golden Handshake mit Mitte 50 (etwa im ORF), zugleich ein Arbeitsmarkt, in dem man mit Anfang 50 als schwer vermittelbar gilt, tragen das ihre dazu bei. Unser Verhältnis zu Arbeit und Alter muss sich ändern. Der Pensionsschock ist übrigens nicht nur ein finanztechnisches Thema, sondern auch eine psychische Belastung.

#### **■ Vorschlag**

Oberstes Ziel muss es sein, Altersarmut zu verhindern. Daher ist die Grundsicherung eine Grundsäule eines zweistufigen Pensionssystems. Darauf aufbauend gibt es eine Pension aus Beiträgen nach Erwerbsarbeit. Beide Pensionsteile werden gemeinsam ausbezahlt, können aber die Höchstpension nicht übersteigen. Eine weitere wesentliche Säule für mehr Pensionsgerechtigkeit ist die Abschaffung sehr österreichspezifischer Pensionsprivilegien und die Vereinheitlichung der Pensionssysteme.

Ziel einer nachhaltigen Politik muss es daher sein, Erwerbsarbeit in der Aktivphase gerechter zu verteilen, den Arbeitsstress für den einzelnen zu reduzieren und Menschen so eine gesündere Erwerbsphase zu ermöglichen. Eine Reduktion der Überstunden, sozial abgesicherte Sabbaticals und Zeiten für Ausbildung und Qualifikation sind ein Mittel, dies zu erreichen. Eine Senkung der faktischen Wochenarbeitszeit ebenso.

**These 18: Gesundheits- und Pflegeberufe sind Arbeitsmärkte der Zukunft. Gesundheits- und Sozialsprenkel schaffen neue Strukturen.**

■ **Begründung**

Gerade in Zeiten der Depression und zunehmender Arbeitslosigkeit, bietet sich der Arbeitsmarkt für Gesundheitsberufe als riesige Chance an. Hier bestehen Jobchancen und gleichzeitig werden kostentreibende Versorgungsengpässe geschlossen. Alleine durch das Schließen bestehender Versorgungslücken werden neue Arbeitsplätze im Gesundheitswesen geschaffen. Vornehmlich betrifft dies die Krankenpflege, Psychiatrie (insbesondere Kinder- u. Jugendpsychiatrie), Psychotherapie, Rehabilitation (vor allem ambulant und teilstationär), Prävention, Altenbetreuung, Hospiz- und Palliativmedizin. Der Bedarf wächst.

Große Wachstumschancen gibt es nach wie vor für Branchen, die nicht direkt dem Gesundheitssektor zugeordnet werden, aber mit diesem eng verbunden sind: (z.B. Wellness, Ernährungsberatung, Bewegungstraining, Burnout-Prävention, betriebliche Gesundheitsförderung, u.v.m.)

Eine menschenwürdige Pflege erfordert menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Pflege- und Betreuungskräfte (es braucht 20.000 zusätzliche Pflegekräfte bis 2020 und angemessene Entlohnung in diesem Sektor).

Es braucht innovative, professionelle und alltagsnahe Pflege- und Betreuungsmodelle statt verkrusteter, veralteter und technokratischer Pflegestrukturen und Pflege vom (Schwarz-)markt sowie Karriere- und Weiterentwicklungschancen in der Pflege.

■ **Beispiel**

Die Mehrzahl sogenannter Kunstfehler beruht auf der körperlichen und psychischen Überlastung der in Gesundheitsberufen tätigen Personen sowie fehlender Zeit für die einzelnen Patienten. Besonders krass fallen hier Übertretungen des Krankenanstaltenarbeitszeitgesetzes auf. Personalmangel und antiquierte Personaleinsatzplanung verschärfen diese Missstände. Diskriminierung und Unterversorgung werden in einigen Versorgungsbereichen zu einem echten Problem.

■ **Vorschlag**

Als Basis und Drehscheibe künftiger Gesundheitspolitik sollen regional adaptierte integrierte Gesundheits- und Sozialsprenkel eingerichtet werden, welche die Integration, Vernetzung und Koordination von Krankenversorgung, Pflege, Sozialeinrichtungen, Gesundheitsförderung, Prävention sowie Rehabilitation organisieren und fördern. Kooperationsmodelle und eine umfassende Kommunikation zwischen allen Gesundheitsberufen sollen etabliert werden, um eine durchgehende Versorgungsplanung von der Allgemeinmedizin bis zur Versorgung im Krankenhaus zu ermöglichen. Zusätzlich entstehen Gruppen- und Gemeinschaftspraxen, werden teilstationäre Einrichtungen Tages- und Nachtkliniken zur Entlastung der Krankenhäuser eingerichtet.

Dadurch werden nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, sondern auch eine bessere, effizientere Versorgung von PatientInnen gewährleistet.

**These 19: Wider dem kollektiven Burnout: Die Arbeitswelt der Zukunft schafft mehr Freiraum, Demokratie, Sinn und Gerechtigkeit.**

■ **Begründung**

Nachhaltige Jobs sind eine neue Art von Arbeit, die durch mehr Unabhängigkeit der ArbeitnehmerInnen, mehr Mit- und Selbstbestimmung, mehr Sinn in der Arbeit und mehr Demokratie am Arbeitsplatz bestimmt ist. Es geht um Arbeit von der man gut leben kann. Die neue Arbeit findet in einer Wirtschaft und einem öffentlichen Sektor statt, die gerechter und transparenter organisiert sind und deren Tätigkeiten mehr nach den Bedürfnissen aller Menschen ausgerichtet sind, also auch sozialer und ökologischer gestaltet sind.

Wir können und sollen es uns als Gesellschaft leisten mehr als „Hauptsache Arbeit- egal um welchen Preis“ als politisches Ziel zu verfolgen. Erwerbsarbeit ist zu wichtig, um sie schlecht zu gestalten. Andere Bereiche des Lebens sind zugleich zu wichtig, um sie der ausschließlich Erwerbsarbeit zu opfern. Menschen sollen die Möglichkeit haben, jene Arbeit zu machen, die ihnen wirklich liegt, sie sollen genug Ressourcen bekommen und Spielraum, um diese zu finden und diese auch zu wechseln und immer wieder auch Auszeiten nehmen zu können.

■ **Beispiel**

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, also bezahlte Arbeit, Arbeit ist auch Reproduktionsarbeit (Hausarbeit und Betreuung), ehrenamtliches Engagement, also unbezahlte Arbeit. Daher wird es immer genug Arbeit für alle geben. Beide, unbezahlte und bezahlte Arbeit sind aber sehr ungerecht verteilt. Für die bezahlte Arbeit gilt: wenige arbeiten immer mehr und immer mehr arbeiten unfreiwillig immer weniger zu immer geringeren Einkommen oder gar nicht mehr bzw. nur sporadisch. Unbezahlte Arbeit ist nach wie vor in erster Linie Frauensache, solange dies so bleibt, wird und kann es auch keine volle Gleichstellung in der bezahlten Arbeit geben.

■ **Vorschlag**

Es braucht eine flächendeckende Normal-Arbeitszeitverkürzung. Es braucht mehr Mitbestimmung und Autonomie der Beschäftigten im Bezug auf Gestaltung ihrer Arbeit und ihrer Arbeitszeiten. Ein angemessener gesetzlicher Mindestlohn und entsprechende Richtlinien auf EU-Ebene sind ebenso Teil des neuen, menschenfreundlichen Verhältnisses zur Arbeit.

Über die Fortentwicklung unseres Grundsicherungsmodells soll erreicht werden, dass man auch von unbezahlter gesellschaftlich wichtiger Arbeit leben kann bzw. nur zu einem Teil bezahlt arbeiten muss. Nicht alle Menschen können am Erwerbsarbeitsmarkt Fuß fassen, anstatt sie jahrelang mit sinnlosen Bewerbungstrainings zu quälen und sie dann ganz an den Rand zu stellen, sollten sie sinnvollen Tätigkeiten in geschützten (auch ehrenamtlichen Bereichen) aber auch im öffentlichen Sektor nachgehen können.

**These 20: Ohne eine fundamentale Reform des österreichischen Bildungssystems verarmt Österreich.**

■ **Begründung**

Der Wandel der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft lässt Bildung, Wissen und Kreativität zu Schlüsselressourcen werden. Die persönliche Lebensqualität, der jeweilige berufliche Erfolg und das Niveau politischer Partizipation hängen immer stärker davon ab, ob Menschen dazu in die Lage versetzt werden, diese Ressourcen eigenverantwortlich zu stärken und in sozialen Netzwerken zu teilen. Leider ist Österreichs Bildungssystem in der großkoalitionären und zugleich föderalen Starre stecken geblieben. Ein hoher Anteil von Kindern, die nicht lesen und schreiben können und eine geringe AkademikerInnenquote zeichnen ein trauriges Bild von Österreichs Bildungslandschaft. Auch lebenslanges Lernen ist bei weitem noch nicht Standard. Kommt es nicht zu einer grundlegenden Reform drohen sich soziale Spannungen und Armut zu verschärfen sowie ein wirtschaftlicher Rückfall und eine Gefährdung der Demokratie. Bildung ist auch die zentrale Antwort auf die jahrelangen Versäumnisse in der Integrationspolitik und das Schlüsselrezept gegen politische Radikalisierung. Bildung ist nicht nur die wichtigste Ressource für die Verwirklichung der eigenen persönlichen Fähigkeiten, sondern für die Entwicklung einer Gesellschaft insgesamt. Denn Bildung ermöglicht das, was eine moderne von einer traditionellen Gesellschaft unterscheidet: Sie kann verfestigte gesellschaftliche Verhältnisse aufbrechen, soziale Strukturen verändern, Ungleichheit von Macht und Einkommen verringern. Also all das leisten, was Österreich und Europa derzeit brauchen.

■ **Beispiel**

Die Hoffnung für das österreichische Bildungssystem sind engagierte Menschen: LehrerInnen, ProfessorInnen, StudentInnen, PädagogInnen, VolksbildnerInnen und natürlich auch Eltern und SchülerInnen. Es gibt viele, die verändern wollen, besser werden wollen, fördern und fordern. Ob das Engagement der Kindergarten-PädagogInnen, die auf strukturelle wie Ressourcendefizite hinweisen oder SchülerInnen und LehrerInnen, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass sich die Schule weiterentwickelt. Viele wollen Verantwortung übernehmen und tun das auch. Genau darauf baut die notwendige größte Bildungsreform der Republik auf.

■ **Vorschlag**

Es gilt das Prinzip: Kein Kind darf im Bildungssystem auf Grund seiner sozialen Herkunft zurückbleiben. Oder anders: Kein Kind darf für sein Herkunftsmilieu – sei es Armut, Unkenntnis oder Desinteresse – bestraft werden, indem ihm Zugänge zu Bildung verschlossen bleiben. An diesen Grundüberlegungen müssen sich alle konkreten Vorschläge für eine Neu-Gestaltung des österreichischen Bildungssystems messen lassen. Jedes Kind hat ein Grundrecht auf gleiche Bildungschancen – unabhängig von der sozialen Lage, vom Bildungsinteresse oder von Herkunft bzw. Sprachkompetenz der Eltern.

**These 21: Statt „einstürzende Neubauten“ muss die neue Schule zum ganzjährigen, kreativen Lernzentrum werden.**

■ **Begründung**

Der strukturelle Wandel der Schule drückt sich auch in der räumlichen Nutzung der Schulgebäude aus. Ein sozial gerechtes Schulsystem bedeutet nicht nur den Abbau von Bildungshürden wie die Selektion in Haupt-, und Sonderschule und AHS. Es bedeutet auch allen Kindern die gleichen Fördervoraussetzungen zu bieten und Betreuung sicherzustellen. Lerncamps und Nachhilfeinstitute sind sehr teure Instrumente der Förderung und Betreuung, die sich nur finanzstarke Familien leisten können. Begabungsförderung in Trainingslagern, Sommerakademien, Kinderuniversitäten etc. bleibt einer relativ kleinen sozialen Gruppe vorbehalten. Vor allem die langen Sommerferien, aber auch schulautonome Tage und vielfach der schulfreie Samstag stellen Eltern vor Betreuungsprobleme, denen kein Angebot an (kostengünstiger) flächendeckender Betreuung gegenübersteht.

Die ganzjährige Schule bietet die Möglichkeit im Rahmen der vorhandenen und verbesserten Infrastruktur das Betreuungsproblem zu entschärfen, die Ferienzeiten zu individualisieren und die individuelle Förderung zu verbessern.

Aber auch der Raum erhält mehr Bedeutung. Lehrerzimmer, in denen die Lehrenden keine Gelegenheit haben, sich angemessen vorzubereiten, SchülerInnen ohne öffentlichen Ort, teilweise verheerende bauliche und energetische Mängel – die Architektur der Schulgebäude muss eine zentrale Rolle in der neuen Schule spielen.

■ **Beispiel**

In Österreich wird im Rahmen der 5-Tage-Woche an durchschnittlich 187 Tagen im Jahr unterrichtet. Die übrige Zeit sind Wochenenden, Feiertage, Ferien und Schulautonome Tage. ArbeitnehmerInnen arbeiten in Vollbeschäftigung rund 253 Tage im Jahr. Berufstätige Eltern haben also eine Betreuungslücke von mindestens 66 Tagen. In der Praxis ist die Betreuungslücke jedoch deutlich größer, schließlich arbeiten Eltern nicht immer nur montags bis freitags, sondern in vielen Berufssparten auch an Wochenenden und Feiertagen. Für SaisonarbeiterInnen besteht keine Möglichkeit während der Schulferienzeiten Urlaub zu nehmen, etc.

■ **Vorschlag**

Vision: Die Schule ist das ganze Jahr über von Montag bis Samstag geöffnet. Ausgenommen sind lediglich die gesetzlichen Feiertage. Der Unterricht erfolgt Montag bis Donnerstag ganztägig, am Freitag halbtägig. Betreuungszeiten in den Schulen sind Montag bis Freitag von 7:00 bis 18:00 und Samstag von 8:00 bis 17:00. Der Unterricht ist über das Jahr so verteilt, dass jedes Monat in eine Lern-, eine Übungs-, eine Prüfungs- und eine Freiwoche unterteilt ist. In den Sommermonaten Juli und August findet kein Regelunterricht statt. In dieser Zeit werden vornehmlich Förderunterricht, Projekte, Ausflüge, Sport, Kunst, Seminare, Begabtenförderung, etc. angeboten. Auch in den Freiwochen während des Schuljahres stehen Vertiefungs- und Förderangebote zur Verfügung.

SchülerInnen haben weiterhin 14 Wochen im Jahr Ferien, die jedoch individuell genommen werden können. Die SchülerInnen sind jedoch nicht verpflichtet diese Ferienzeiten auch zu konsumieren. Eine Mindestferienzeit von sechs Wochen im Kalenderjahr sollte jedoch für alle SchülerInnen gelten. In den Prüfungswochen können keine Ferientage genommen werden. LehrerInnen unterrichten an vier von fünf Unterrichtstagen in der Woche und haben regulär fünf Wochen Urlaub. Darüber hinaus haben LehrerInnen zwei Wochen verpflichtende Fortbildung und eine Woche optionale Fortbildung (maximal drei Wochen im Kalenderjahr). Auch LehrerInnen können in der ganzjährigen Schule ihren Urlaub individuell nehmen. Sie sind also nicht mehr darauf angewiesen in der Hochsaison zu verreisen.

**These 22: Das Schulsystem in seiner heutigen Form hat ausgedient – gemeinsam individuell lernen wird in der neuen, autonomen Schule zum Leitprinzip.**

■ **Begründung**

Die wohl folgenschwerste Schwäche des gegenwärtigen Bildungssystems ist die soziale Selektion der Schülerinnen und Schüler im zehnten Lebensjahr: Wer bis dahin gute Leistungen erbracht hat, kommt in die gymnasiale Unterstufe oder in die erste Leistungsgruppe der Hauptschule.

Statt dass das Schulsystem unterschiedlich rasche Entwicklungen der Persönlichkeit berücksichtigt, bekommen Kinder in vielen Fällen mit der Selektionsentscheidung in der vierten Volksschulklasse – also im zehnten Lebensjahr – sozial lebenslänglich: als zukünftige HilfsarbeiterInnen in einem Wirtschaftssystem, dessen Anforderungen an formal Unqualifizierte zu allem Überfluss noch ständig wachsen.

Die neue Schule setzt hingegen auf gemeinsames und zugleich individuelles Lernen und Förderung .

Ein im Lernerfolg zurückbleibendes Kind soll rechtzeitig durch individuelle Förderung aufgefangen werden. Klassenwiederholungen würden dadurch der Vergangenheit angehören. Wenn aufgrund ganz eklatanter Lernschwächen dennoch eine Wiederholung erforderlich wäre, würde diese sich auf einzelne Bereiche beschränken und nicht die gesamte Schullaufbahn unterbrechen.

Wie die Schulen ihr Angebot angesichts der sozialen und kulturellen Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler organisieren, soll weitgehend ihnen überlassen werden. Hier öffnet sich ein großes Feld für schulautonomes Handeln, also für die Übernahme von Verantwortung und für Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort. Durch externe Bewertungen ist allerdings dafür zu sorgen, dass ein messbarer Standard des Bildungsniveaus erreicht wird.

Die Einteilung des Lehrplanes und der Bildungsstandards in Jahrgangsklassen verhindert das erfolgreiche Lernen der Kinder. Die festgesetzten Normen stimmen mit der Entwicklungsvielfalt der Kinder nicht überein. Zwang, schlechte Noten, Bestrafungen und Druck führen zu Versagen und Mutlosigkeit.

■ **Beispiel**

Kleinkinder lernen gerne und viel, sie sind stolz auf das Gelernte und zeigen es gerne her. „Ich bin schon groß“, „ich kann schon...“ sie lernen die ganze Zeit und zwar selbstbestimmt. Eltern, die wollen, dass ihre Kinder früher sauber werden oder früher gehen können oder früher mit dem Sprechen beginnen, sind zum Scheitern verurteilt, denn Kinder sind verschieden. Die einen sprechen mit 12 Monaten ihre ersten Wörter, die anderen erst mit 30 Monaten. Manche machen mit 11 Monaten ihre ersten Schritte, andere mit 16 Monaten. Die Vielfalt der kindlichen Entwicklung ist riesig und sie wird immer größer je älter die Kinder werden.

■ **Vorschlag**

Die Schule ist in vielen Bereichen zu reformieren. An die Stelle des gegenwärtigen Systems von Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie gymnasialer Unterstufen gehört eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis Vierzehnjährigen. Sie ist als differenzierte Gesamtschule mit individueller Förderung und mit einem Ganztagsangebot zu führen.

Die Jahrgangsklasse ist nicht die allein seligmachende Organisationsform. Auch Mehrstufenklassen sollen in Zukunft möglich sein. Es werden Bildungsstandards für den Abschluss der Grundschule (Volksschule), der Pflichtschule und der Höheren Schule eingeführt. Ziel ist es, so vielen Kinder wie möglich den Abschluss der Höheren Schule zu ermöglichen. Es ist eine Diskussion darüber zu führen, ob die Matura als Abschlussprüfung abgeschafft wird. Auch die gegenwärtige Struktur der Fächer ist bis zur Abschaffung der herkömmlichen Fächer zu diskutieren.

## Thesen

**These 23: Das duale Ausbildungssystem zählt in Österreich zu den „heiligen Kühen“, doch die Lehre kracht an allen Ecken und Enden.****■ Begründung**

Das duale Ausbildungssystem, die Lehre, kracht an allen Ecken und Enden. Seit Jahren geht die Zahl der angebotenen Lehrstellen gegenüber den gesuchten zurück. Eine komplexe Förderstruktur sollte dem entgegen steuern, wirkt aber nur bedingt, obwohl heute fast jeder Lehrplatz staatlich gefördert wird. Zur Umsetzung der von der Regierung versprochenen Ausbildungsgarantie sind im hohen Maße überbetriebliche Ausbildungsstätten notwendig. Kaum jemand übt heutzutage den erlernten Beruf bis zur Pensionierung aus. Häufiger Arbeitgeberwechsel und auch Branchenwechsel wurden zur Regel. Eine hochspezialisierende Berufsausbildung entspricht diesen Flexibilitätsanforderungen nicht. Phasen von Arbeitslosigkeit und Umschulungsnotwendigkeiten sind die Folge. Das duale Ausbildungssystem zählt in Österreich zu den „heiligen Kühen“, also ein Modell, das ähnlich wie die Sozialpartnerschaft eine zeitlang gut funktionierte, aber dessen notwendige Weiterentwicklung und Veränderung schwer möglich ist und das daher immer problematischer wird. Gemeinsam mit dem gesamten Bildungssystem muss auch die Berufsbildung in Österreich grundlegend neu gestaltet werden, um jungen Menschen wirkliche Chancen für ihre Zukunft zu geben. Es braucht einfach gesagt im Gymnasium mehr Elemente der Praxis und in der Lehre eine stärkere Allgemeinbildung. Beide Wege sollen schließlich gleich viel Wert werden, es soll eine buntere soziale Mischung in beiden Bildungstypen geben.

**■ Beispiel**

Gegenwärtig wird von 14- 15-Jährigen in der schwierigen Phase der Pubertät erwartet, eine der wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens zu fällen. Wenn sie sich für eine Lehre entscheiden, bedeutet das, auf der Suche nach einer Stelle auf sich allein gestellt zu sein, sich auf ein sehr unsicheres Ausbildungsverhältnis einzulassen, das vom Belieben der Lehrherrn und von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen abhängig ist sowie den Wechsel in andere Ausbildungs- und Bildungssysteme erschwert. Die berufliche und damit soziale Selektion setzt viel zu früh ein und zementiert Lebenswege unnötig ein.

**■ Vorschlag**

Lehre Neu: Nach der gemeinsamen Schule der 6-14 Jährigen soll es die Möglichkeit geben, einen stärker praktisch orientierteren Bildungszweig (Lehre Neu) zu wählen. Deren Zentrum wird die Berufsschule sein, wo der Anteil der allgemeinen Bildung deutlich erweitert wird und auch individuelle Förderung stärker Berücksichtigung findet. Dort entscheidet man sich nach einer Orientierungsphase (Grundmodul) für eine Ausbildungssparte (Hauptmodul). Unmittelbar nach der Absolvierung des Hauptmoduls können Spezialisierungen erfolgen (Spezialmodule). Doch auch im Laufe der Karriere können etwa im Rahmen einer Bildungskarenz berufliche Umorientierungen durch absolvieren weiterer Spezialmodule erfolgen. Statt einem Ausbildungsvertrag zwischen Auszubildenden bzw. den Erziehungsberechtigten und dem Ausbildungsunternehmen, wird von der Berufsschule mit den Unternehmen der Region eine Ausbildungsallianz eingegangen. Unternehmen, die definierten Qualitätsstandards entsprechen, werden zum Ausbildungspartner und erhalten dafür fixe regelmäßige finanzielle Leistungen.

Die Auszubildenden werden aber nicht einem dieser Betriebe fix für die nächsten Jahre zugeteilt, sondern absolvieren im Laufe ihrer drei Ausbildungsjahre regelmäßige Betriebspraktika in unterschiedlichen Vertrags-Unternehmen. Die Praktika werden von der Schule zugeteilt.

**These 24: Die Kindergärten der Zukunft sind Kinder- und Familienzentren mit topausgebildeten, angemessen bezahlten PädagogInnen.**

■ **Begründung**

Wachsende berufliche Anforderungen und der große Druck, Kinder auf den Konkurrenzkampf bei Ausbildung und Schule vorbereiten zu müssen, lassen Eltern an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit und Leistbarkeit stoßen. Erziehungsunsicherheiten und das Fehlen von Austausch- und Kontaktmöglichkeiten kennzeichnen die Lebenssituation vieler Familien.

Das Zusammenwachsen von Kinderbetreuung und Elternbildung bietet ein niederschwelliges Angebot aus einer Hand. Für die Betreuungszeiten vor und nach dem Unterricht sowie an Samstagen und in Teilen der Sommermonate stehen FreizeitpädagogInnen, SporttrainerInnen, eventuell auch FörderlehrerInnen etc. zur Verfügung. Entscheidend für einen gelungenen Bildungsprozess ist eine enge Zusammenarbeit von Eltern, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Eltern dürfen nicht nur in der Schule mitreden, sondern von Anfang an, d.h. auch im Kindergarten. Angelehnt an die Schulpartnerschaft soll daher in der Gesetzgebung des Kinderbetreuungsbereichs auch die Mitwirkung der Eltern verankert werden.

■ **Beispiel**

Es ist nicht einzusehen, weshalb die pädagogischen Kräfte am Eingang des Bildungssystems – also in Kindergärten und Volksschulen –, wo die Weichen für die Lernentwicklung eines Menschen gestellt werden, weniger gut ausgebildet und geringer bezahlt werden sollen als Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien. Vielfach herrscht noch die naive Annahme, die Arbeit in Kindergärten und Volksschulen verlaufe auf einer pädagogischen Schmalspur, sodass man sie deshalb ruhig schlechter bezahlen könne. Wer so denkt, hat den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte nicht verstanden. Denn durch die heterogenen Herkunftsmilieus der Kinder und durch die wachsenden Anforderungen an deren soziale, sprachliche und mathematische Kompetenzen sind heute Kindergarten- und VolksschulpädagogInnen um nichts weniger gefordert als Lehrerinnen und Lehrer an höheren Schulen.

■ **Vorschlag**

Kinderbetreuungseinrichtungen werden zu Treffpunkten für Familien – Zu einem Ort für Austausch, gemeinsame Reflexion, Information bzw. Wissenserweiterung durch ExpertInnen.

Der Bund gibt einheitliche Rahmenbedingungen vor (Grundsatzgesetz für Kinderbetreuung) und ermöglicht dadurch, dass Kinder österreichweit gleiche Bildungschancen haben. Es darf nicht von der Finanzkraft einer Gemeinde bzw. eines Landes abhängen, ob es Betreuungsplätze gibt bzw. in welcher Qualität diese Eltern und Kindern zur Verfügung stehen.

Eine gleichwertige universitäre Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen vom Kindergarten bis zu den höheren Schulen ist unumgänglich. Sie darf allerdings nicht Uniformierung und praxisferne Akademisierung bedeuten. Daher bedarf es einer Reorganisation der universitären Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, die der sozialen und kulturellen Komplexität des Lebens in Kindergärten, Grund- und Mittelschulen gerecht wird und entsprechende Lehr- und Lernformen vermittelt.

**These 25: Nur mit Rechtsanspruch wird barrierefreie Bildung zur Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft.**

■ **Begründung**

Umfassende Barrierefreiheit in allen Bildungseinrichtungen ermöglicht Menschen mit Behinderungen eine wirkliche Teilhabe an einer freien Gesellschaft. In Österreich endet das Recht auf gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen nach der 8. Schulstufe. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Diese umfasst unter anderem die Anerkennung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, ist ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen sind zu treffen; Menschen mit Behinderungen sollen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern.

■ **Beispiel**

Barrierefreiheit umfasst neben der Abwesenheit von baulichen Barrieren auch die Verwendung geeigneter Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien, um Kindern mit Behinderung den Unterricht zu ermöglichen. (z.B. Unterrichtsmaterialien in Brailleschrift, gebärdensprachkompetente LehrerInnen, Programme für Kinder mit psychischen oder Lernbehinderungen).

Auch technische Einrichtungen wie optischer Feueralarm oder Pausenglocken mit Licht müssen in allen Schulen Standard sein. Individuelle Lehrpläne sind geeignet Kinder an ihr jeweiliges Leistungsmaximum heranzuführen. Sie dienen dazu die Stärken der Kinder noch besser hervorzuheben, Schwächen auszugleichen und können auch Defizite berücksichtigen. Ziel ist es, einen möglichst hohen Schulabschluss, unter Wahrung fairer Bedingungen und Garantie von Mindeststandards, zu ermöglichen.

■ **Vorschlag**

Jedes Kind mit Behinderung hat ein Recht auf volle Integration und muss im Umkreis von 30 km des Wohnortes eine geeignete Einrichtung vorfinden. Gruppenintegration ist der Einzelintegration vorzuziehen. Individuell angepasste Lehrpläne ermöglichen Kindern mit Behinderung einen Bildungsweg, der ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen angepasst ist. Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht (ÖGS) für alle gehörlosen Kinder, die in Gehörlosenschulen oder in integrativen Klassen unterrichtet werden, soll gesetzlich verankert und umgesetzt werden. Der Unterricht hat bilingual zu erfolgen. Das bedeutet, dass alle LehrerInnen, die in den Gehörlosenschulen unterrichten, die Gebärdensprache beherrschen müssen. In Integrationsklassen mit gehörlosen und/oder hörbehinderten Kindern muss eine der beiden LehrerInnen gebärdensprachig sein. Auch Migrationskinder brauchen ein Recht auf muttersprachlichen Unterricht.

**These 26: „Ausg´lernt“ ist man nie: Lebenslanges Lernen wird zum Standard statt zur Ausnahme.**

■ **Begründung**

In den letzten Jahrzehnten haben sich nicht nur aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Märkte neue Anforderungen an die Arbeitskräfte gestellt. Die aktuelle Wirtschaftskrise mit einer stark steigenden Arbeitslosigkeit verschärft diese Herausforderungen. Viele ArbeiterInnen müssen sich neu orientieren, neues lernen, um auf den neuen Arbeitsmärkten der Zukunft gute Chancen zu haben. Es gibt nachweislich starke Ungleichheit und Benachteiligung nach Berufspositionen, Bildungsstand, (nicht-österreichischer) Staatsbürgerschaft und Alter bei der Partizipation, bedingt dadurch auch bei der Kostenübernahme für Weiterbildung und Erwachsenenbildung. Jene, die nicht die aktuell notwendigen Qualifikationen aufweisen, haben größte Probleme, die wachsenden Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erfüllen. Eine Neuorientierung in der Erwachsenenbildung ist daher dringend notwendig: Die Innovationskraft eines Landes ist vom Bildungsgrad der Bevölkerung abhängig. Ziel muss es sein, Österreich zu einer modernen, sozial ausgeglichenen und demokratischen Lern- und Wissensgesellschaft weiterzuentwickeln, in der alle Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken und an dem Funktionieren des staatlichen Gemeinwesens teilnehmen und teilhaben können.

■ **Beispiel**

Österreich setzt vorwiegend auf berufsbezogene, oft kostspielige Kurse, doch lebenslanges Lernen soll nicht nur unter den Aspekten der beruflichen Weiterbildung gesehen werden, sondern hat auch Bildung als Wert an und für sich zu betrachten. Gemischte Finanzierungs- und Bildungskarenzmodelle (öffentliche Hand, Wirtschaft und Eigenanteil) in verschiedenen anderen Staaten zeigen, wie Weiterbildung im Sinne lebenslangen Lernens gefördert werden kann. Lebenslanges Lernen soll auch integrale Aufgabe von Österreichs Universitäten und Fachhochschulen werden. Dazu müssen diese ihre Rolle diesbezüglich neu definieren und die Organisation des Studiums flexibel gestalten.

■ **Vorschlag**

Ökonomische Hürden durch gemischte Finanzierungsmodelle (Staat, Wirtschaft, eigener Beitrag) abbauen, etwa durch:

- gezielte Förderung zur Herstellung sozialer Chancengleichheit im Zugang zu allen Bildungseinrichtungen bieten
- Förderung des Zuganges zu weiteren oder höheren Bildungsabschlüssen unter den Berufstätigen (z.B. Hauptschulabschlusskurse, Vorbereitungskurse zur Berufsreifeprüfung, hochschulische Weiterbildung) unter Berücksichtigung der außerschulisch erworbenen Kompetenzen
- kostenloses Nachholen von Abschlüssen der Erstausbildung (z.B. Hauptschulabschluss) ermöglichen
- Individualförderung des Zuganges bildungsferner und älterer Personen in Aktivitäten des lebenslangen Lernens anbieten
- vermehrte Durchlässigkeit durch flexiblere Organisationsformen des Lehrbetriebs, Abendkurse, Teilzeitangebote, Fernstudien, etc.

**These 27: Österreich braucht Zuwanderung. Zuwanderung braucht transparente Regeln.**

■ **Begründung**

Österreich ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Die Jukics, Nemsics und Dogudans dieses Landes – ganz abgesehen von den Swobodas, Vranitzkys und Klestils – beweisen längst, dass Migration eine Erfolgsgeschichte sein kann. Wir können dafür sorgen, dass ganz Österreich von diesen Erfolgsgeschichten profitiert, denn Migration ist Realität. Unser Land wird auch im 21. Jahrhundert ein Einwanderungsland bleiben.

Dort wo es um Asyl, Familienzusammenführung oder andere grundrechtlich gebotene Zuwanderung geht, gibt es keine Steuerungsmöglichkeit. Die Einhaltung von Grund- und Menschenrechten (und konsequenterweise die Aufhebung von starren Quoten z.B. bei Familienzusammenführung) muss zur Selbstverständlichkeit werden. 90 % der faktischen Einwanderung nach Österreich sind Familienzusammenführung und EU-BürgerInnen, die frei einwandern dürfen.

■ **Beispiel**

Angenommen Österreich müsste ohne Zuwanderung auskommen. Die Konsequenzen würden die gesamte Wirtschaft und das gesamte öffentliche Leben betreffen. Hotels sperren zu, Erntehelfer kommen nicht und Pflegepersonal fehlt, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir sind auf die Zuwanderer angewiesen, kurz- und langfristig. Der notwendige Bevölkerungszuwachs ist primär der Zuwanderung zu verdanken. Ohne weitere Migration würden massive Lücken entstehen.

Nicht nur Österreich, ganz Europa braucht Zuwanderung. Ohne Einwanderung wird Europa laut Demografen bis 2050 um 50 Millionen Menschen schrumpfen.

■ **Vorschlag**

Transparente Einwanderungsregeln statt reflexartiger Abwehrgesetze: Wenn es um Fragen der Erwerbsmigration (10 % der gesamten Migration nach Österreich) geht, sollte Österreich klare Ziele definieren und ein transparentes System schaffen, das eine geregelte und faire Einwanderung sicherstellt. Wesentliche Kriterien sollen Ausbildung (z.B. Ausbildung in einem Mangelberuf), Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung und in Österreich lebende Familienangehörige sein. EinwanderInnen sollen ihre Familienmitglieder sofort mitnehmen können und EU-BürgerInnen weitgehend gleichgestellt sein. Statt starrer Quoten sollen jene, die rechtmäßig in Österreich sind, ihre Familien im Zuge ihres Rechts auf Familien- und Privatleben nachholen dürfen, dies ohne Quotenbegrenzung. Diese Begrenzung ist willkürlich und geht an der Realität vorbei, ist zudem unmenschlich. Binationale Ehepaare und Familien sollen in Österreich leben können, ohne ständig die Ausweisung eines Familienmitgliedes fürchten zu müssen. Denn: Familien schaffen eine Verwurzelung im Aufenthaltsland und sind wesentliche Integrationsfaktoren.

Wir wollen verkürzte Wartezeiten für Staatsbürgerschaften (5 Jahre), geringere Bearbeitungsgebühren und fairen Zugang aller Schichten zur Staatsbürgerschaft bei langjähriger Integration. Kinder, die in Österreich geboren wurden, sollen per Geburt die Staatsbürgerschaft bekommen, wenn ein Elternteil legal hier lebt.

**These 28: Integration passiert nicht von selbst. Echte Integrationspolitik entzieht dem Rechtspopulismus den Nährboden.**

■ **Begründung**

Seit Jahren und Jahrzehnten wird über „Ausländerpolitik“ und zugleich „Integrationspolitik“ gesprochen und gestritten. Letztgenannte hat es jedoch bislang noch kaum gegeben. Die Folge sind ua. soziale Spannungen und Konflikte, die von den Rechtspopulisten politisch missbraucht werden. Doch es braucht konkrete Lösungen statt Parolen. Statt Papiertiger von einem unendlichen Reigen von „Runden Tischen“ und „ministeriellen Arbeitsgruppen“ braucht es konkrete Integrationsarbeit. Ein eigenes Staatssekretariat für Integration wäre längst an der Zeit, das die Querschnittsmaterie ernst nimmt und zwischen unterschiedlichen Ressorts wie Bildung, Soziales, Gesundheit, Frauen usw. und zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Umsetzung von Maßnahmen koordiniert.

Ein zentraler Kern von Integrationspolitik ist im Schulbereich zu finden. Die Förderung von Sprachkompetenz aber auch das soziale Zusammenwachsen kann ohne ein entsprechend ausgestattetes Bildungs- und Schulsystem kaum funktionieren.

Ein weiteres starkes Vehikel von Integrationspolitik ist der Arbeitsmarkt. Österreich hat einen hohen Anteil gut ausgebildeter MigrantInnen, welche aufgrund mangelnder Anerkennung ihrer Ausbildungen nun als Putzfrau, TaxifahrerInnen oder KellnerInnen arbeiten müssen. Das ist wirtschaftlich unsinnig und strukturell benachteiligend.

■ **Beispiel**

Neue zielgruppenspezifische Förderinstrumente sind möglich. Migrantinnen sind häufig völlig von ihren Ehemännern abhängig, da ihre Aufenthaltsgenehmigung oft an die des Mannes gebunden ist und sie kein eigenes Einkommen haben. In einigen Ländern gibt es Mikrokrediteinrichtungen, die die Gründung kleiner Einpersonenernehmen durch minimale Kredite insbesondere für Frauen ermöglichen. Das Deutsche Mikrokreditinstitut (DMI) in Stuttgart, das mit der GLS-Bank zusammenarbeitet ist ein gutes Beispiel dafür. Dieses Institut verhilft vielen Menschen zu einer neuen Existenz. Dabei genügt es allerdings nicht, nur einen kleinen Kredit zu vergeben. In Österreich fehlt so ein Mikrokreditinstitut noch, das Menschen mit wenigen oder gar keinen Chancen auf dem Arbeitsmarkt hilft, auf innovative Weise zu einer eigenständigen Existenzsicherung zu kommen.

■ **Vorschlag**

Ein Integrationsmasterplan schafft endlich die seit Jahrzehnten fälligen Willkommens- und Integrationsprogramme für Neuankömmlinge zur Orientierung, zum Spracherwerb und zur Anerkennung der mitgebrachten Qualifikationen. Auch beim Staatssekretariat soll liegen: die Förderung von integrativen Privatinitiativen (MentorInnenprogramme, Kurse etc), Policyentwicklung unter Einbeziehung von ExpertInnen und MigrantInnengruppen etc.

Vorhandene ausländische Ausbildungen sollen leichter – durch ein Bundesamt – anerkannt werden und nicht mehr brachliegen müssen. Nachschulungsmaßnahmen sollen die „Anpassung“ ausländischer Abschlüsse an den österreichischen Arbeitsmarkt sowie Karriere und soziale Mobilität ermöglichen.

Zur erfolgreichen Integration müssen MigrantInnen in der Politik und Verwaltung sowie Polizei sichtbar werden und Verantwortung übernehmen. Hier hat der Staat Vorbildfunktion. Wir wollen eine Mindestquote von qualifizierten MigrantInnen im Staatsdienst, bei der Polizei, in den Schulen. z.B. durch ausgelagerte PersonalberaterInnen werden geeignete KandidatInnen gefunden und bei Bedarf durch gezielte Qualifikationsmaßnahmen unterstützt.

#### **These 29: Bildung und Sprachkompetenz sind die Schlüssel zur Integration. Mehrsprachigkeit ist eine Investition in unsere Zukunft.**

##### ■ **Begründung**

Sechzehn Prozent der österreichischen Bevölkerung weisen einen Migrationshintergrund auf. Kinder nicht deutscher Muttersprache machen im gesamten Bildungssystem 17,8 % der SchülerInnen aus, in der Volksschule 22,4 %. Daraus ergeben sich große Chancen, aber auch Herausforderungen für unser Bildungssystem. LehrerInnen sind im Unterricht oft mit der besonderen Herausforderung konfrontiert, dass viele ihrer SchülerInnen Lerndefizite aufweisen oder vielleicht gar nicht Deutsch sprechen. Diese Kinder benötigen spezielle Förderung.

Die Verteilung von nicht Deutschsprachigen ist regional sehr unterschiedlich und kann in Städten hohe Anteile (50% und mehr) erreichen.

Die Bildungssituation der Eltern hat großen Einfluss auf die schulischen und beruflichen Chancen ihrer Kinder. So ist die nachfolgende Generation jener Hilfs- und GastarbeiterInnen, die Österreich jahrelang angeworben hat, oft chancenärmer, da viele Eltern selbst keine gute Grundausbildung aufweisen. Das österreichische Bildungssystem trägt seinen Teil dazu bei, indem es Rahmenbedingungen schafft, die Kinder aus sozial schwächeren Schichten vielfach benachteiligen und früh ausscheiden. Während Sprachen wie Englisch oder Französisch als Schlüssel für den späteren Erfolg gelten, wird dies von Elternseite bei Türkisch oder Serbokroatisch hingegen nicht gesehen. Die Herkunftssprache wird zu wenig gefördert obwohl sich dies positiv auf das Erlernen der deutschen Sprache auswirkt. Je früher Sprache erlernt wird, desto besser.

##### ■ **Beispiel**

Der Sprachwissenschaftler Rudolf de Cillia spricht sich für die Entwicklung eines Gesamtsprachenkonzepts nach Schweizer Vorbild. Landesweit und regional soll es dabei eine Bestandsaufnahme davon geben, welche Sprachen welche Rolle spielen. „Und dann sollte man den unterschiedlichen Status der Sprachen - Muttersprache, Elitesprache [z.B. Englisch oder Französisch], autochthone Minderheitensprache, Migrantensprache, Gebärdensprache - aufbrechen und ein sinnvolles Curriculum entwickeln.“

Die Alphabetisierung der zweisprachigen Kinder sollte in der Volksschule in zwei Sprachen erfolgen und Mehrsprachigkeit prinzipiell als wertvoll anerkannt werden - gleichgültig, um welche Sprachen es sich handelt. SprachlehrerInnen sollten nicht ausschließlich fächerspezifisch ausgebildet werden, sondern sprachenübergreifend und sich so als „ExpertInnen für Mehrsprachigkeit“ verstehen. Und laut de Cillia ganz besonders wichtig: Lesen- und Schreibenlernen von zweisprachigen Kindern in zwei Sprachen, da die „Alphabetisierung in der Muttersprache wichtig für den Erwerb der Zweitsprache“ sei.

##### ■ **Vorschlag**

Mehrsprachige und interkulturelle Schule braucht mehrsprachige und interkulturell fitte LehrerInnen. Im Kindergarten soll angestrebt werden, dass 10 Prozent der PädagogInnen Migrations-Hintergrund haben. In der Volksschule, in ALLEN weiterführenden Schulen braucht es 10 Prozent des Lehrpersonals mit Migrations-Hintergrund.

Eine Woche pro Schuljahr soll für Integrationsprojekte bereit gestellt werden. Integrations- und interkulturelle Projekte werden Teil des Lehrplans. Ziel ist es, dass jedes Kind, Deutsch, Englisch und gegebenenfalls die nicht-deutsche Muttersprache kann.

**These 30: Das Asylwesen braucht einheitliche europäische Regeln. Für Umweltflüchtlinge braucht es international politische Verantwortung.**

■ **Begründung**

Derzeit sind insbesondere Küstenstaaten durch Flüchtlingstragödien schwer belastet, Mindeststandards werden nicht eingehalten. Binnenstaaten wie Österreich schieben Flüchtlinge zurück in diese Staaten und verweigern die Aufnahme zusätzlicher Asylwerber aus diesen Ländern. Jene Länder, die zahlenmäßig die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sollen dafür von den weniger aufnahmefreudigen Staaten Ausgleichszahlungen zur Abwicklung der Verfahren bekommen.

Asylpolitik ist schon längst eine Frage, die europäische Lösungen braucht und dennoch nationale Verantwortung bedeutet. Die „Geht mich nix an“-Haltung hat angesichts der Realitäten keinen Platz in der Zukunft. Europa darf eben keine Festung werden.

Weiters nehmen Umweltkatastrophen zu und sind neben Kriegen und latenter Armut Hauptauslöser für Flüchtlingsströme. Umweltkatastrophen treffen meist Entwicklungsländer, denen jegliche Existenzgrundlage zunichte gemacht wird – es wird zu Flüchtlingsbewegungen kommen. Vor allem westliche Länder tragen daran die Hauptschuld (Stichwort: Klimaerwärmung).

■ **Beispiel**

Laut UN-Organisationen und Internationale Hilfsorganisationen könnten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts rund 200 Millionen Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt und gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Schon jetzt sind Millionen Menschen vom globalen Klimawandel betroffen. Allein im Jahr 2008 seien durch Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels rund 20 Millionen Menschen obdachlos geworden und aus ihren Heimatregionen geflüchtet. Auch in Zukunft werden insbesondere ärmere Länder vom Klimawandel am stärksten betroffen werden. Doch dort fehlt es an Geld, um sich für die Folgen zu wappnen und für die Menschen resistente Lebensgrundlagen aufzubauen.

■ **Vorschlag**

Das Asylverfahren wird EU-weit einheitlich ausgestaltet und somit werden einheitliche Mindeststandards geschaffen, vor allem für die Schwächsten (Traumatisierte, Minderjährige, erleichterte Familienzusammenführung). Dies auch um dem derzeitigen „Glücksspielcharakter Asyl“ (Auseinanderklaffen der Asylchancen je nach Aufnahmeland und Verfahrensstandards in den Mitgliedsstaaten) ein Ende zu bereiten.

Die internationale Staatengemeinschaft und auch die Europäische Union muss Verantwortung tragen und ein eigenes Aufenthaltsrecht für Umweltflüchtlinge aus Katastrophengebieten schaffen.